Donnerstag, den 18. Mai 1922.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

94. Jahrgang. — Nr. 116.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 30.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 90.— Mk., monatlich 30.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht, Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Um die Zwangsanleihe.

Von besonderer volksparteilicher Seite.

Bei der Zwangsanleihe wird mit zwei Projekten gearbeitet, deren einer der Oeffentlichkeit bekannt ist, während der zweite gewissermaßen eine schärfere Daumschraube für den Fall ist, daß Herr Hermes in Paris Zusagen macht, die die deutsche Wirtschaft nicht erfüllen kann.

Der Entwurf der Zwangsanleihe in der bisher bekannten und besprochenen Fassung sah eine Befreiung der Vermögen bis 250 000 Mark vor, d. h. bis zu etwa 41 500 Goldmark. Heute soll die Abgabe bereits bei 100 000 Papiermark beginnen, also bei einem Vermögen von rund 15 000 Goldmark! Wenn heute einer ein Betriebsvermögen von einer Million Papiermark besitzt, muß er nach dem neuen Entwurf 10 Prozent abgeben, d. h. von einem Kapital von rund 166 000 Mark 1660 Mark oder rund 160 000 Papiermark. Der Entwurf sieht merkwürdigerweise nur eine zehnprozentige Entwertung der Friedensmark vor und rechnet mit 70 Milliarden Papiermark Ertrag, das wäre nach dem wirklichen Stand über eine Milliarde Goldmark. Die mittlere Belastung beträgt aber etwa 15 Prozent und dem deutschen Volksvermögen würden über zwei Milliarden Goldmark entzogen. Was das heißen will angesichts der bestehenden Kapitalverwässerungen infolge der Entwertung der Mark, bedarf keiner Auslegung. Zwei Milliarden Goldmark sind 120 Milliarden Papiermark, also rund zwei Drittel unseres Banknotenumlaufs.

Der Reichsrat wird sich am 19. Mai mit diesen beiden Entwürfen beschäftigen und einen von ihnen nach Gutheißung dem Reichstag zustellen. Stimmt der Reichsrat dem letzten Entwurf zu, so würde er aus vollkommen politischen Gründen einem Entwurf seine Zustimmung geben, der die deutsche Wirtschaft vollends ruiniert. Schon heute prosperiert Englands Handel wieder, weil Deutschland infolge der hohen Steuern, die auf seiner Wirtschaft ruhen, und infolge der Reparationsabgaben mit wichtigen Exportartikeln auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig geworden ist. Sogar der Bergarbeiter im Ruhrbezirk weiß heute, daß infolge dieser Entwicklung und der gesunkenen Produktion die englische Kohle billiger in Deutschland ist als die deutsche. Fiskalische Maßnahmen haben bis jetzt darüber hinweggesehen, daß genau wie die Staatsfinanzen, auch die Betriebe eine Belastungsgrenze haben. Daß diese Grenze längst überschritten ist, hatte auch die Regierung eingesehen, als sie neue Belastungen durch die Reparationskommission ablehnte. Sollte mit diesem gesunden Grundsatz brechen, so würde sie damit gleichzeitig ihre Zusagen brechen, auf Grund dessen sie überhaupt nach Genua gehen konnte.

Die „Chikago Tribune" glaubt zu wissen, daß Dr. Hermes der Reparationskommission folgende Vorschläge unterbreitet hat:

1. Anstatt 60 Milliarden zu zahlen, verpflichtet sich Deutschland, eine eigene Anleihe über den gleichen Betrag aufzunehmen.
2. Was die Außenanleihe anbelangt, wird diese Frage das Komitee Morgan angehen.
3. Deutschland verpflichtet sich alles Mögliche zu tun, um die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. Bestimmte Maßnahmen sollen der Reparationskommission in einigen Tagen unterbreitet werden.
4. Die deutsche Regierung wird vor dem 31. Mai die nötigen Gesetzesmaßnahmen ergreifen, um die Autonomie der Reichsbank zu erreichen.
5. Deutschland wird die wirtschaftlichen und finanziellen Statistiken soweit wie möglich in der selben Form und dem gleichen Umfange wie vor dem Kriege wieder aufnehmen.

Keine allgemeine Amnestie zu Pfingsten.

Gegenüber der von einer Berliner Agentur verbreiteten Nachricht über eine zu Pfingsten bevorstehende Amnestie erfährt „W. T. B." von zuständiger Stelle, daß diese Meldung in keiner Weise zutrifft. Die Frage der Amnestie ist bereits in der Reichstagssitzung vom 11. Mai durch das Reichsjustizministerium in Beantwortung der Anfragen der Abgg. Herzfeld und Höllein geklärt worden.

Zeitungsverbote im besetzten Rheinland.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die „Tägliche Rundschau" in Berlin vom 15. Mai ab für drei Monate im besetzten Gebiete verboten.

Auf Grund der vom Reichskommissar erhobenen Vorstellungen hat die Rheinlandkommission das am 3. März gegen das „Darmstädter Tageblatt" ausgesprochene dreimonatige Verbot aufgehoben.

Der Fall Leo Prechting.

Noch sind die Fälschungen Anspachs in ihrem vollen Umfange nicht festgestellt, da kommt schon die Nachricht über einen zweiten Fall, der wiederum Vertreter der französischen Politik aufs schwerste kompromittiert.

Aus München wird gemeldet, daß der französische Gesandte in Bayern so star kompromittiert worden ist, daß er seinen Abschied nehmen mußte und durch einen französischen Diplomaten aus Prag ersetzt werden soll. Wie sich die französischen Militärmissionen mit der Beschaffung gefälschter Dokumente befaßten, um eine Unterlage für die Brandreden französischer Politiker zu beschaffen, so ist anscheinend auch der Vertreter Frankreichs in die Angelegenheit des Freiherrn Leo v. Prechting verwickelt, der kürzlich in Berlin verhaftet und wegen Verdachts des Hochverrats nach München ausgeliefert wurde. Leo Prechting hat angebliches Material über ein Bündnis zwischen dem bayerischen Kronprinzen und dem österreichischen Erzherzog Albrecht zur Herstellung einer katholischen Donau-Monarchie unter französischem Protektorat bearbeitet und mit ähnlichen Tendenzmeldungen verbreitet. Die Untersuchung in dieser mysteriösen Angelegenheit wird Klarheit bringen müssen. **Schon jetzt aber kann man sagen, daß wiederum die französische Politik vor der Welt entlarvt wird, in einem der entscheidensten politischen Augenblicke.**

Reichstagsabgeordneter Jaud gestorben.

Im Schwabinger Krankenhaus in München ist Reichstagsabgeordneter Jaud von der Bayerischen Volkspartei im Alter von 42 Jahren gestorben. Als Gemeindebevollmächtigter und Distriktsrat in Molkkirchen wurde er Mitglied der Handelskammer von Oberbayern. Auch organisatorisch betätigte er sich als Gründer und Vorstand der Organisation der Schmiede. Von August 1914 bis November 1918 stand der Verstorbene im Heeresdienst. Mit seinem Reichstagsmandate (Bayerische Volkspartei) war er Mitglied der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Keine Kriegerdenkmäler im besetzten Gebiet.

Wie von unterrichteter Seite bekannt wird, hat die Interalliierte Rheinlandkommission, einem Antrage des französischen Oberkommandos entsprechend, die Errichtung irgendwelcher Denkmäler oder Erinnerungstafeln zum Gedächtnis an den Weltkrieg und die in diesem Kriege Gefallenen verboten. Auch Sammlungen für diesen Zweck sind strengstens untersagt.

Ein Brot 27 Mark.

Der Brotpreis im Saargebiet ist neuerdings abermals erhöht worden. Es kostet jetzt ein Vier-Pfund-Markenbrod 27 Mark. Der Brotmehlpreis stellt sich auf 8,70 Mark pro Pfund.

Bedenkliches Krachen in der englischen Koalition.

Reuter meldet: Im englischen Unterhause erlitt die Regierung mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über die Lehrerpensionen betr. den Vorschlag der Geddesschen Ersparniskommission eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, der unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungsparteien stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an. Die politischen Folgen sind noch unklar. Die Niederlage der Regierung nimmt in der Presse einen weiten Raum ein. Die Blätter erwarten nicht, daß die Regierung deswegen zurücktrete. Ein Kabinettsrat wird die Lage erörtern. — „Westminster Gazette" weist darauf hin, daß die Regierung auch im Oberhaus nur knapper Not einer Niederlage entging, als der Antrag des Earl Beauchamps, worin die sofortige Aufhebung des Industrieschutzgesetzes gefordert wird, mit nur zwei Stimmen (36:34) abgelehnt wurde.

*

TU. **Paris**, 17. Mai. Aus London werden neuerdings wieder Gerüchte über eine bevorstehende Demission Lloyd Georges laut. Man spricht davon, daß die Neuwahlen im Herbst stattfinden sollen und daß wahrscheinlich Balfour und Chamberlain an der Neubildung der Regierung sich beteiligen werden. Diese Gerüchte finden ihre Bestärkung darin, daß die Regierung in der Frage der Lehrergehälter in der Minderheit geblieben ist, wenn auch nur mit 23 Stimmen. Allerdings ist damit noch nicht ein Anlaß zur Demission des Kabinetts zu sehen. Dem Zwischenfall wird immerhin eine große Bedeutung beigemessen.

Zur Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent.

Die letzte Steigerung der Materialpreise und der Gehälter der Reichsbahn nötigen bereits zum 1. Juni zur Erhöhung der Güter-, Tier- und Expreßguttarife um 25 Prozent. Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April steigert sich der Preis von Eisenbahndienstkohlen pro Tonne um 260 Mk. oder rund 27 Prozent. Die sächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund 7 Milliarden Mark. Dazu kommt ab 1. Mai die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, sodaß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu decken sind.

Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden. Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnächst in die Tarife organisch eingearbeitet werden. Bei der Einarbeitung werden die Eisenbahnbeiräte mitwirken. Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen sind, die der Schiffahrt aus der derzeitigen starken Staffelung der Eisenbahntarife erwachsen.

Das Rätselraten um den Schluß der Konferenz

Erst Montag Schlußsitzung?

TU. **Paris, 17. Mai. Nach den letzten Nachrichten aus Genua erscheint es nicht sicher, ob die Konferenz noch in diesen Tagen zum Abschluß kommt. Nach einer Besprechung, die gestern zwischen den einladenden Mächten stattgefunden hat, scheint die Schlußsitzung erst am Montag stattzufinden.**

Genua und der Versailler Vertrag.

Von einem besonderen Genua-Korrespondenten.

Das Ergebnis der Genuakonferenz ist in diesen Zeitläuften minder wichtig, als der Wille des Angelsachsentums und der Amerikaner, etappenweise die Versailler Politik abzubauen. Die englische Auffassung geht hier durchaus mit der amerikanischen einig und unsere Auffassung, daß der deutsch-russische Vertrag von Rapallo Lloyd George trotz seiner starken Worte nicht unwillkommen, daß der Vertrag gewissermaßen den Hebel ansetzte, um die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse im Sinne Lloyd Georges Richtung zu geben, wird vor allem durch die Amerikaner bestätigt.

Wir Deutsche wissen, daß lediglich merkantile Gründe England zwingen, eine Strecke Wegs mit uns zusammenzugehen. Die kühle Berechnung und Ausnutzung der Lage durch England wird vortrefflich bezeugt durch eine Rede, die ein Intimus Lloyd Georges, der Arbeiterführer und Parlamentarier J. H. Thomas, vor Arbeitern und Maschinenbauern in Derby hielt.

Er sagte, die stehenden Armeen Europas seien heute um eine Million stärker als vor dem Kriege, und die Gefahr eines solchen sei seit 1914 nicht so nahe gewesen, als gerade jetzt. Die Folgen eines solchen würden so fürchterlich sein, daß das Volk Englands seine Stellungnahme klar machen müsse. Man wünsche Frankreich Gutes, und daß ihm sein Recht werde, aber „die französische Auffassung der europäischen Lage und Frankreichs Geschäftsinteressen sind durchaus andere als die britischen. Frankreich will nur ein besiegtes Deutschland sehen. Es habe sein Volk nie so besteuert, als es nötig gewesen wäre, und durch seinen Militarismus bringt es den Frieden zum Scheitern. Der überwiegende Teil des britischen Volkes aber, der des Krieges müde ist, wird Frankreich sagen: Wenn ihr entschlossen seid, diese Politik zu verfolgen, dann müßt ihr es allein tun, wir werden uns nicht daran beteiligen."

Das ist deshalb beachtenswert, weil die Gewerkschaften in England ein Faktor sind, der sich durchaus jetzt für einen Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit im Sinne Lloyd Georges einsetzt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Bolschewismus in England so gut wie erledigt ist. Der Gewerkschaftskongreß der britischen Nationalen Arbeiterpartei hat nämlich beschlossen, die einzige in England erscheinende Arbeitertageszeitung „Daily Herald" unter die eigene Oberleitung zu nehmen, um ihr Fortbestehen zu sichern. Das Blatt ist seit seinem Erscheinen schon oft in Schwierigkeiten gewesen und war es jetzt wieder. Durch freiwillige Gaben waren 8000 Pfund gesammelt worden, für die nächsten sechs Monate werden jedoch mindestens 50 000 Pfund gebraucht, wenn die Zeitung zu 1 Penny verkauft werden soll. Der bis vor kurzem geforderte erhöhte Preis von zwei Pence brachte einen großen Verlust an Lesern, zumal da die größeren Tageszeitungen billiger zu haben waren, da auch sie durch die Preiserhöhungen an Lesern eingebüßt hatten. Durch die finanziellen Schwierigkeiten war die Richtung des Blattes immer mehr ins kommunistische Fahrwasser getrieben worden, da Moskau Unterstützungen zahlte. Da aber die Stimmung der britischen Arbeiter durchaus nicht kommunistisch ist, hatte sich die Zeitung dadurch nur selbst geschadet.

Eine Ausnahme macht die Northcliffepresse, die im Solde Frankreichs schamlos gegen Deutschland hetzt. Die „Daily Mail" nennt die deutsche Politik perfide und Deutschland einen schamlosen Bankerotteur. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie die Abneigungslosigkeit der deutschen mehrheitssozialistischen Presse geradezu die Geschäfte Frankreichs in England fördert. So beruft sich die „Morning Post", das Blatt des Franzosenfreundes Lord Derby, in einem scharfen Angriff auf Lloyd George durchaus auf einen Artikel im „Vorwärts", dem „Zentralorgan" der deutschen Mehrheitssozialisten. Das sagt genug.

Eine englische Bilanz.

Reuter meldet aus Genua, die allgemeine Bilanz dessen, was wir in Genua erreicht haben, kann jetzt gezogen werden. Ihre Hauptarbeit, nämlich der Versuch, zu einem Einvernehmen mit Rußland zu kommen, sei zu keinem Abschluß gebracht worden, weil ein ganzer Kompler von Abneigungen, Beargwöhnungen und Gegensätzen bestehen. Somit sei die Genueser Konferenz, soweit sie sich mit dem Abkommen mit Rußland beschäftigt, nach dem Haag, vielleicht nach Moskau oder Riga verlegt, letzteres den Russen zu Gefallen, da aus verschiedenen Gründen die Russen gegen Haag sind. Die nun vorgeschlagene Kommission würde nicht die Vollmachten haben, mit denen sie Lloyd George und Schanzer ausrüsten wollten, um einen schnellen Abschluß eines Abkommens zu ermöglichen, sie müßte vielmehr ihre Beschlüsse in Gestalt von Vorschlägen den in Frage kommenden Regierungen übermitteln. Das bedeute ein Zugeständnis an Frankreich und Belgien.

Für die Opfer des Krieges.

Von Konteradmiral a. D. Brünninghaus, M. d. R.

Die jüngsten Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages über den allgemeinen Pensionsfonds waren insofern von besonderer Bedeutung, als sie Gelegenheit gaben, einige Fragen, betr. die Pensionäre und deren Hinterbliebene, grundsätzlich zu klären. Einen breiten Raum nahm dabei die Fürsorge für die Hinterbliebenen derjenigen Männer ein, die, ohne vorher etatsmäßige Beamte gewesen zu sein, im Kriege gefallen sind. Die Regierung sagte zu, auf Grund des Härteparagraphen in weitgehendem Maße berechtigten Wünschen entgegen zu kommen. Eine gesetzliche Neuregelung ist nur durch eine Revision des Reichsversorgungsgesetzes möglich, die erst in Angriff genommen werden kann, nachdem zunächst einmal die rüstig voranschreitende Endabfindung aller Bezugsberechtigten abgeschlossen ist.

Die Notlage der langgedienten Kapitulanten, die, wie die Musikmeister, Geschirrmeister, Handwerksmeister, den Soldatenberuf als Lebensberuf gewählt hatten, war bisher eine besonders große. Erfreulicherweise zeigte auch hier das Reichsarbeitsministerium auf entsprechende Anregungen hin weitgehendes Entgegenkommen. Während bisher, wie ich an der Hand eines mir zugegangenen Einzelfalles ausführen konnte, die Gesamtbezüge eines über 30 Jahre im Dienst gewesenen Obermusikmeisters mit Familie im Jahr 6600 Mk. betrugen, soll nunmehr das Einkommen derjenigen Kapitulanten, die länger als 25 Jahre gedient hatten, bis auf 28 000 Mark erhöht werden können.

Leider fand eine andere Anregung von mir, den Witwen der in den Kriegen von 1866 und 1870/71 gefallenen Offiziere in stärkerem Maße zu helfen, als bisher, nicht die genügende Resonanz, weder bei der Mehrheit des Ausschusses noch bei der Regierung. Nach den derzeitigen Bestimmungen tritt bei diesen Witwen, sobald ihr Gesamteinkommen (Privateinkommen und Pension) Mark 18 000 jährlich erreicht, eine Kürzung der Pension ein. Die Regierung stand auf dem Standpunkte, daß an sich, da diesen Witwen aus den früheren Kriegen ein gesetzlicher Anspruch auf Pension überhaupt nicht zustehe, mit einem Höchsteinkommen von 18 000 Mark pro Jahr schon sehr weit entgegengekommen wäre. Mein Einwand, daß heutzutage kein Arbeiter von 1500 Mark monatlich leben kann, geschweige denn hochbetagte Menschen, die größtenteils pflegebedürftig sind, vermochte diese Ansicht der Regierung nicht zu beeinträchtigen. Die ablehnende Haltung ist umso unverständlicher, als es sich ja nur um einen verschwindend kleinen Teil unserer Volksgenossen handelt, finanzielle Bedenken also kaum vorhanden sein können.

Während in der Regierungsvorlage lediglich kostenlose Heilbehandlung in Lungenheilstätten vorgesehen war, fand ein von mehreren bürgerlichen Parteien unter Führung der Volkspartei eingebrachter Antrag einstimmige Annahme, daß Heilbehandlung nicht nur in Lungenheilstätten, sondern auch in Heilstätten für andere Krankheiten kostenlos erfolge. Ebenso wurde eine von denselben Parteien eingebrachte Entschließung, die Höhe der Verstümmelungszulage, die zurzeit immer noch 900 bezw. 18 000 Mk. jährlich beträgt, den veränderten Geldverhältnissen anzupassen, gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen. Es ist eigenartig, daß die Demonstrationen der Kriegsbeschädigten um Aufbesserung ihrer Notlage stets von sozialistischer Seite inszeniert werden, während die Sozialdemokratie versagt, wenn es gilt, den Verstümmelten wirklich praktisch zu helfen.

Weitere Anträge, denjenigen Kriegsteilnehmern, die im Grenzschutz tätig gewesen, unverschuldet in Kriegsgefangenschaft geraten und dort besonderen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt gewesen sind, ferner denjenigen, die beim Rückzug aus der Ukraine noch im Jahre 1919 an Kämpfen teilgenommen hatten, diese Dienstzeit als Kriegsjahre, d. h. also doppelt anzurechnen, wurden mit einer knappen Mehrheit abgelehnt, da sich die demokratische Partei von den bürgerlichen Parteien trennte und mit den Sozialisten stimmte.

Eine längere Erörterung entspann sich darüber, in welcher Weise die Ruhestandsbeamten, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen im besetzten Gebiet und in den sogenannten Ueberteuerungsorten abzufinden wären. Schließlich gelangte eine unter Führung der Deutschen Volkspartei zustande gekommene Entschließung aller bürgerlichen Parteien zur Annahme, in der die Reichsregierung ersucht wird, zu erwägen, in welcher Weise den Ruhestandsbeamten, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen,

die im besetzten Gebiet zu leben genötigt sind, eine Besatzungszulage, und, soweit sie in Orten zu leben genötigt sind, in denen Reichsarbeitern Ueberteuerungszuschüsse oder Reichsbeamten Wirtschaftsbeihilfen gezahlt werden, eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren ist. Alle Parteien waren sich darin einig, daß die Regierung alles aufbieten müsse, um so schnell wie möglich den Ruhestandsbeamten, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen zu den ihnen zustehenden Gebührnissen zu verhelfen. Eine dahingehende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Schließlich wurde im Einvernehmen mit der Regierung der bisher ausgeworfene Betrag für Rentenempfänger von 1½ Milliarden auf 5 Milliarden erhöht. Aus dieser gewaltigen Steigerung um über mehr als das Dreifache ist ohne weiteres ersichtlich, daß ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, der No. unter den Opfern des Krieges abzuhelfen.

Die deutsch-russischen Konsular-Beziehungen.

Wie verlautet, soll in absehbarer Zeit in Petersburg ein deutsches Generalkonsulat und in Moskau ein deutsches Konsulat eingerichtet werden. Als deutscher Generalkonsul für Petersburg ist der bisherige Leiter der Abteilung Polen im Auswärtigen Amt, Geheimrat Keßler, in Aussicht genommen, für den Moskauer Konsularposten der sich bereits in Moskau aufhaltende Konsul Krapp.

Deutschland droht ein schweres Hungerjahr.

Sehr traurige Erfahrungen und schwere Bede[illegible] veranlaßt die deutsche Aerzteschaft, die Oeffentlichkeit und das Ausland immer wieder über die gesundheitlichen Folgen der unerträglichen politischen Lage Deutschlands aufzuklären.

Dies Bestreben kommt in einem Notschrei des Aerztevereins für Behlendorf und Umgebung zum Ausdruck. Es wird hier gesagt, wie sehr schon die grausame Verlängerung der Blockade über das Kriegsende hinaus ganze Jahrgänge unserer Jugend dauernd in ihrer Entwicklung geschädigt hat. Eine kurze Besserung wäre deutlich wahrzunehmen gewesen, als die Ernährungsverhältnisse besser wurden und die Menschen sich unter dem eisernen Zwang der Notwendigkeit jeden Luxus abgewöhnten und ihr ganzes Einkommen für die Nahrung ausgaben.

Dieser kurze und spärliche Lichtblick hätte sich nunmehr als trügerisch erwiesen, denn eine schweres Hungerjahr stände bevor. Durch die ungeheuren Reparationslasten würde die Währung bis zum Nullpunkt sinken, und die Einführung von Lebensmitteln würde unmöglich werden. Eine neue Gefahr stünde bevor, die Kohlennot. Die Kohlenpreise würden unerschwinglich sein und das Elend der hungernden, unterernährten Bevölkerung durch Frieren auf das qualvollste gesteigert werden. Seuchen und Elend werden die Hoffnung unseres Volkes, die Kinder vernichten. Es wäre also dringend nötig, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Steigen der Kohlenpreise unverzüglich Einhalt zu tun.

Kleine Nachrichten

TU. **Berlin**, 17. Mai. Der Streik der Großberliner Feinkosthandlungs-Angestellten ist auf 24 Stunden vertagt worden, da die Arbeitgeber sich zu neuen Verhandlungen bereit erklärt haben.

TU. **Leipzig**, 17. Mai. Die Farbenarbeiter der sächsisch-thüringischen Färbereien stellten in allen Verbandsstätten die Arbeit ein. Fast alle Webereien liegen still. 40 000 Arbeitern feiern.

TU. **Wien**, 17. Mai. Der ehemalige Erzherzog Leopold, der unter dem Namen Leopold Wölfling lebt und seit einiger Zeit mit schweren Nahrungssorgen zu kämpfen hatte, hat nunmehr auf dem Ostbahnhof eine Stelle als Kassierer der Deutschen Bodenbank gefunden.

Aus den Parlamenten:

Das Arbeitsministerium. — Der Achtstundentag. — Der Mai-Streik im Ruhrrevier.

Deutscher Reichstag.

212. Sitzung vom 17. Mai.

Reichsarbeitsminister **Braun** leitet die

zweite Lesung des Haushalts des Arbeitsministeriums

ein und verweist auf die umfangreiche Tätigkeit, die in diesem Ministerium in gesetzgeberischer Hinsicht entfaltet wurde. Die sozialen Errungenschaften müßten dazu dienen, Arbeitnehmerschaft, Volk und Staat fester miteinander verwachsen zu lassen. Auch die Wirtschaft würde von der gegenwärtigen Reform Nutzen ziehen. Leistungen und Arbeitsfreude seien bei uns gewachsen, eine Besserung sei unverkennbar. Auf die Nöte des Volkes müsse verständnisvoll eingegangen werden. Die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen, besonders auf dem Gebiete des Versicherungs- und Versorgungswesens, hänge mit der Verminderung unseres Geldwesens zusammen. Die Gesetzgebung könne nur schrittweise der tagtäglichen Entwickelung folgen. Das Ministerium wird durch die Notwendigkeit für die neuen Gesetze ebenso beunruhigt wie die Bürger im Lande. Aber der Reichstag komme ständig mit neuen Wünschen. Eine Schematisierung bezweckten die Gesetze nicht: Der Staat habe nichts Wertvolleres als die Arbeitskräfte seiner Bürger, die geschützt werden müßten. Die Rechtsstellung der Arbeiterschaft und das Kulturleben seien besser geworden. An der internationalen Arbeiterorganisation sei Deutschland ebenfalls beteiligt. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag sei allerdings erst von der Tschechoslowakei, von Rumänien und Indien ratifiziert worden. (Hört, hört! rechts.) Mit der Vorlage eines Gesetzes soll die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau geregelt werden. Der Kampf in der Metallindustrie sei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch verhängnisvoll. Der Minister fordert dringend zu einem friedlichen Vergleich auf.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.) fordert weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Abg. **Behrens** (Dnl.): Der Klassen- und Kastengeist muß immer mehr verschwinden. Meine Freunde sind die letzten, die auf sozialem Gebiete Fortschritte nicht wünschen. (Sehr richtig!) Der soziale Apparat arbeitet viel zu schwerfällig. (Sehr richtig!) Die Sozialversicherung muß weiter ausgebaut werden. Die Krankenkassen müssen aber in manchen Punkten entlastet werden, sonst droht ihnen der Zusammenbruch. Zu der Sozialversicherung muß die soziale Fürsorge kommen. Im Achtstundentag muß in den acht Stunden auch wirklich Arbeit geleistet werden.

Abg. **Karsten** (U.): Das Arbeitsministerium ist kein Sozialministerium, das ist ein Arbeitgeberministerium.

Abg. **Andre** (Z.) hält an der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung fest und tritt für Erhöhung der Bezüge der Invaliden und Unfallrentner ein. Er fordert Ausdehnung der Unfallversicherung auf notorische Berufskrankheiten. Der Achtstundentag sei nicht für alle Betriebe geeignet.

Abg. **Moldenhauer** (D. Vp.) tritt für eine Sozialpolitik ein und wehrt für die Kriegsbeschädigten, die Altersinvaliden und die Kleinrentner. Von den unterstützten Arbeitslosen im Reich befinde sich ein Drittel in Berlin. Diese bildeten vor allem die Unruheelemente der Reichshauptstadt. Der Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise sei notwendig, ein Monopol auf diesem Gebiet aber unmöglich. Der schematische Achtstundentag sei ein wirtschaftliches Unglück. Aufgabe der Sozialpolitik sei es, Klassengegensätze zu überbrücken und eine Arbeits- und Volksgemeinschaft zu schaffen. Die Koalitionsfreiheit dürfe nicht zu einem Koalitionszwang umgewandelt werden.

Abg. **Erkelenz** (Dem.): Man dürfe das Problem der Koalitionsfreiheit nicht vom Standpunkt der Arbeitnehmer allein behandeln. Die Treibhauskultur des Sozialbeamtentums müsse vermieden werden; soziale Selbstverwaltung sei Erfordernis. Grundsätzlich müsse der Achtstundentag aufrecht erhalten werden, aber seine rein schematische Durchführung sei ein Fehler.

Abg. **Schwarzer** (D. Vp.) bedauert das geringe sozialpolitische Interesse in Deutschland. Die Massenfabrizierung von Gesetzen durch das Arbeitsministerium sei ein Fehler.

Abg. **Bartz** (Komm.) wirft dem Arbeitsminister vor, daß er seine Pflicht nicht erfüllt habe.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Beratung wird abgebrochen.

Preußischer Landtag.

137. Sitzung vom 17. Mai.

Das Haus nimmt ohne Aussprache den Gesetzentwurf über eine

Erhöhung der Ausgleichszuschläge für Beamte und Lehrpersonen,

die eine Ausgabe von rund 4 Milliarden Mark erfordert, in allen drei Lesungen an.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Haushalts der Bergverwaltung

fortgesetzt.

Abg. **Sobotka** (Komm.): Der Streik im Ruhrgebiet war nur ein Vorgefecht. Die Unternehmer wollten prüfen, ob sie stark genug seien, gegen das Betriebsrätegesetz Sturm zu laufen und die Maifeier zu verhindern.

Abg. **Franz-Kattowitz** (Soz.): Ueberschichten können nur vorübergehend die Leistungen steigern. Die große Zahl der Unfälle muß vermindert werden.

Minister **Siering** äußert sich zu den Unfällen in Oberschlesien und stellt verschärfte Sicherheitsbestimmungen in Aussicht, wenn die bestehenden nicht ausreichen. Die Anregungen über die Umstellung werden geprüft werden. Nur in besonderen Fällen, wie zum Beispiel, wenn eine Grube vor dem Ersaufen steht, möge eine Verlängerung des Siebenstundentages zu fordern sein.

Abg. **Harsch** (Z.) wünscht, daß die rechtliche Stellung der Betriebsräte bei den Oberbergämtern genau abgegrenzt wird. Im vorigen Jahre ist wochenlang zum Streik gehetzt worden, obwohl man die Aussichtslosigkeit kannte.

Abg. **Martin** (Dnl.): Mit der Steigerung der Kohlenproduktion hängt das Wohnungswesen eng zusammen. Hier sind große Mittel erforderlich. Im Ruhrgebiet haben viele Gruben keinen Gleisanschluß. Die Kohlen müssen auf der Straße per Achse transportiert werden und verteuert sich infolge der von den Gemeinden geforderten Gebühren um 425 Mk. Das Ministerium sollte erst bei den Gemeinden für eine Herabsetzung der Gebühren eintreten.

Abg. **Pinkerneil** (D. Vp.): Im Industriegebiet war von einer großen Empörung nichts zu merken. Der Streik ist nach syndikalistischen Gesichtspunkten entflammt worden. Die Gleichstellung des 1. Mai mit einem religiösen Feiertag mußte abgelehnt werden. (Unruhe links.) Gegen den sozialistischen Feiertag wendet sich der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft. (Unruhe links.) Jedenfalls darf kein Arbeiter gehindert werden, am 1. Mai zu arbeiten. Im nächsten Jahre, wenn ausreichender Schutz für Arbeitswillige da sein wird (Aha! bei den Kommunisten) werden nicht einmal mehr 50 Proz. wie in diesem Jahre feiern. Wir fordern Steigerung der Arbeitsintensität. Kann uns England erst billigere Kohlen liefern, so werden wir vor allem dazu kommen müssen, Ueberschichten zu verfahren. Die Leistungen des Herrn Stinnes, der am 9. November 1918, als Politiker und Gewerkschaftsführer davonliefen, den Kopf oben behielt und den Arbeitern wieder Arbeitsmöglichkeit verschaffte, müssen vom ganzen Volke anerkannt werden.

Abg. **Heilzelmann** (Unabh.) wendet sich dagegen, daß den Arbeitern bei der Mai- und Novemberfeier dieser Tag vom Urlaub abgezogen wird.

Abg. **Hartmann** (Dem.) sieht in der Hebung der Landwirtschaft das erste Mittel zur Steigerung der Produktion.

Zum Mieterschutzgesetz und Mieteinigungsämter.

Von August Winnefeld, M. d. R.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter nebst Begründung nach Zustimmung des Reichsrates zur Beschlußfassung zugegangen.

Auf keinem Gebiet unserer Volkswirtschaft ist so viel Unsinn zur Geltung gekommen, wie auf dem der Wohnungswirtschaft. Ganz im Gegensatz zu England, wo man sofort nach dem Kriege an die Arbeit ging, zu bauen, hat man sich bei uns auf die Zwangsrationierung beschränkt und somit geglaubt, der Wohnungsnot Herr werden zu können. In dieser Hinsicht hat man sich gründlich getäuscht, und somit die Wohnungen bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Um den Verfall unserer Häuser einigermaßen zu verhüten, hat man sich zum Erlaß des Reichsmietengesetzes entschlossen.

Eine Fortsetzung des Reichsmietengesetzes bildet das Mieterschutzgesetz, welches dem Reichstage soeben zugegangen ist. Es behandelt in drei Abschnitten die eigentlichen Rechtsverhältnisse, die sich aus dem Mietsverhältnis ergeben, und zwar die Beschränkung der Aufhebung von Mietsverhältnissen, die Mieteinigungsämter und die Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

Das Kündigungsrecht des Vermieters ist für die Folge an bestimmte Bedingungen geknüpft, und praktisch so gut wie aufgehoben. Man kann sich sehr wohl auf den Standpunkt stellen, daß Umstände eintreten können, daß der Staat gezwungen ist, einen bestimmten Volksteil gegen den anderen in verfassungsmäßigen Grenzen zu schützen, und man kann der Meinung sein, daß die jetzige Zeit einen solchen Schritt notwendig macht. Aber unbeschadet dieser Einsicht, scheinen doch die Bestimmungen der §§ 2 und 4 nicht das Richtige zu treffen und über das Ziel hinauszugehen. Auf Aufhebung des Mietverhältnisses kann geklagt werden, wenn der Mieter die vermieteten Räume vernachlässigt und sich seinen Hausbewohnern gegenüber in grober Weise unanständig benimmt oder insbesondere, wenn er Unterbemietungen vornimmt, zu denen er nicht [illegible] Recht zu erteilen, ist der Vermieter nicht berechtigt, sondern darüber soll künftig das Mieteinigungsamt verfügen. Hier sieht man die glatte Entziehung des Rechtes über das Eigentum.

Ferner kann auf Aufhebung des Mietsverhältnisses geklagt werden, wenn der Mieter für zwei Monate mit der Mietszahlung im Rückstande ist. Diese Bestimmung ist geeignet, zu den größten Schikanen zu führen. Wenn man bedenkt, welche Summen heute von den Vermietern alle 3 Monate an öffentlichen Abgaben und Zinsen abgeführt werden müssen und die Möglichkeit vorliegt, daß der Mieter hier willkürlich im Rückstande bleiben kann mit der Zahlung, so liegt aller Grund vor, diese Bestimmung in eine andere Form zu bringen. Eine ungeheure Härte liegt im § 4, wo es dem Vermieter fast unmöglich gemacht wird, bei Veränderungen in seiner Familie Räume seines Hauses in Anspruch zu nehmen. Er kann wohl Klage auf Räumung beantragen, aber ein Anrecht, daß er sie auch wirklich bekommt, findet er im Gesetz nicht garantiert.

Zu allem Ueberfluß soll, wenn der Vermieter in solchen Fällen die Wohnung zugesprochen erhält, dem Mieter die Umzugskosten bezahlen, wenn er innerhalb der Gemeinde verzieht. Auch können die zuständigen Landesbehörden mehrere Gemeinden in solchen Fällen zusammenlegen, und als Einheitsgebiet erklären. Von dieser Bestimmung wird das Gericht in vielen Fällen trotz der vorliegenden Einschränkung im Gesetz Gebrauch machen, so daß es als eine Ausnahme gegen den Vermieter erscheint. Eine besondere Ausnahme bildet das Erbrecht der Wohnung, d. h. die Nachkommen des Verstorbenen, mit den der Vermieter einen Mietsvertrag geschlossen hat, treten nach dessen Tode ohne weiteres in die Rechte des Verstorbenen.

Alle Streitigkeiten, die sich aus Abschnitt 1 des Gesetzes ergeben, werden durch das zuständige Amtsgericht entschieden. Die Mieteinigungsämter erhalten einen anderen Aufbau. Die Urteile unterliegen im Bedarfsfalle der Berufung und müssen innerhalb 2 Wochen erfolgen. Die Berufung kann nur erfolgen, wenn man sie auf eine Verletzung des Gesetzes stützt d. h., wenn man den Parteien nicht

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen übersetzt von E. v. Kraatz.

Copyright 1917 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

10) (Nachdruck verboten.

„Ja", sagte Pauline. „Wenn John es nicht ist, wüßte ich keinen Menschen, der es wäre. Er trat in Großvaters Dienst, als mein Vater erst ein paar Jahre alt war. Damals lebte die Familie Hesselman auf ihrem Besitztum in Ostgotland, das nach Großvaters Tod, wie ich glaube, zu einem sehr hohen Preise verkauft wurde. Dadurch bekam Papa Gelegenheit, seiner Lust am Studieren nachzugehen. Er studierte einige Jahre in Deutschland und England und machte seinen Doktor dann in Upsala. Abgesehen von einigen Vorlesungen in Deutschland und Schweden hat Papa sich seitdem fast ausschließlich mit Privatstudien beschäftigt. Meiner Mutter kann ich mich nicht erinnern. Sie starb, als ich zwei Jahre alt war, aber ich glaube, daß mein Vater grenzenlos viel von ihr gehalten hat, denn erst seit ihrem Tode ist er allmählich zu dem Einsiedler geworden, der er jetzt war. In dieser ganzen Zeit hat John Andersson die Familie niemals verlassen. Er war bei Papa, während er auf der Universität war, kennt all unsere Kümmernisse und heimlichen Sorgen, hat all unsere Familienereignisse miterlebt, und würde meiner Ueberzeugung nach lieber ins Wasser, als von uns gehen."

Wie Wallton mit innerem Vergnügen bemerkte, sprach Pauline in fast vorwurfsvollem Ton. In ihren Augen stand der alte Mann also hoch über jeden Verdacht.

„Wo ist er jetzt?" fragte der Journalist.

„In der Stadt."

„In Ihrem Auftrage?"

Das junge Mädchen bejahte. Wallton hätte gern gewußt, ob der alte Diener unter polizeilicher Beobachtung stand. Was konnte sich dann ereignen? Indem er darüber nachdachte, sah er Ferlin und den andern Detektiv aus dem Hause und von dannen gehen. Er legte die Zigarette fort und stand auf.

„Das Feld ist frei", sagte er. „Gestatten Sie mir, die Papiere Ihres Vaters durchzusehen? Leider muß das meine erste Aufgabe sein."

Pauline begleitete ihn nach unten, und er begann seine Nachforschungen.

„Haben Sie noch mehr solche Zickzacklinien bei Ihrem Vater gesehen?" fragte er, indem er ihr die drei Papiere zeigte.

„Nein", erwiderte sie verwundert.

„Nach denen suche ich vor allem", murmelte Wallton. „Sie sind so ungewöhnlich, daß sie meiner Ansicht nach notwendig in Beziehung zu der Sache stehen müssen."

„Ungewöhnlich? Ich verstehe nicht recht — —"

„Es ist sehr einfach. Bei jeder Tatsache interessiert mich in erster Linie das Ungewöhnliche", fuhr Wallton fort, indem er weitersuchte. „Ich will Ihnen den Grund dafür sagen. In der menschlichen Gesellschaft fließt der tägliche Strom der Geschehnisse still und ohne Wirbel dahin. Die alltäglichen Ereignisse reihen sich aneinander, wie Tropfen auf Tropfen, und verrinnen unbemerkt im Dunkel der Vernichtung. Da gibt es nichts Ungewöhnliches. Verstehen Sie, was ich meine?"

Pauline nickte.

„Aber mit einem Mal kommt wie ein fallender Stein — das Verbrechen", fuhr Wallton fort. „Die ungewöhnliche und erschreckende Katastrophe, die ein Verbrechen ausmacht, bricht mitten in den Strom des alltäglichen Lebens hinein, erregt Wogen und Wirbel und bespritzt alles in weitem Umkreise. Mit einem Wort: um das große ungewöhnliche Ereignis — das Verbrechen — gruppieren sich mit Notwendigkeit eine ganze Reihe von kleinen ungewöhnlichen Ereignissen, die allein stehen und in ihrem Verhältnis zu ihrer Umgebung bedeutungslos erscheinen. Sammle ich nun alle ungewöhnlichen Tatsachen, die mir im Umkreis des Verbrechens begegnen, so muß es sich herausstellen, daß diese von ihnen auf eine oder die andere Weise mit dem Verbrechen in Zusammenhang stehen und mir bei meiner Untersuchung helfen können."

Er blickte lächelnd zu ihr auf.

„Da haben Sie meine Theorie über die Bedeutung des Ungewöhnlichen", setzte er hinzu. „In den meisten Fällen hat sie sich bewährt. Und jetzt werden Sie verstehen, warum ich nach weiteren Zickzacklinien suche, so sinnlos sie auch scheinen, nicht wahr?"

Nach einer Stunde hatte er das Studierzimmer und die Bibliothek durchsucht, ohne etwas zu finden. Er begab sich dann über die Wendeltreppe ins Laboratorium hinauf, und dort fand er nach einer Weile, was er suchte.

In einem Wandschrank voller Flaschen entdeckte er eine beiseitegeworfene kleine schwarze Pappschachtel. Er öffnete sie und entnahm ihr einen dünnen, zusammengerollten Papierstreifen von einigen Zentimetern Breite und mehr als Meterlänge. Auf seiner einen Seite zog sich in unregelmäßiger Zickzacklinie eine einzige, ununterbrochene gewundene Kurve hin. An einem Ende stand ein Datum und das Wort „Hamburg". Diese Anmerkung war von des Doktors Hand und mit Bleistift gemacht.

Wallton ließ sich an dem langen Laboratoriumtisch nieder und betrachtete den merkwürdigen Streifen mit gerunzelter Stirn. Er versank in tiefes Nachdenken.

Plötzlich richtete sich sein Blick auf etwas anderes, was sein Interesse erregte.

Am Fensterende des Tisches waren Instrumente und Flaschen abgeräumt und Schreibsachen und unbenutztes Papier bereitgelegt worden. Neben dem Tintenfaß lag u. a. auch ein vernickeltes Papiermesser, das Wallton in die Hand nahm und betrachtete. Die Spitze war geschwärzt und ein wenig zusammengeschmolzen, und die Vernickelung wies halbwegs bis zum Griff hinaufreichende, schwarze Streifen auf. Welch ein interessantes Papiermesser, dachte Wallton unwillkürlich.

Er drehte den Stuhl herum. Dicht neben ihm befand sich der elektrische Kontakt. Sein Blick flog hin und her. Auf dem Fußboden lag ein hölzerner Federhalter, den er aufhob. Eine geschwärzte, abgebrochene Stahlfeder saß noch drin.

Da pfiff der Detektivreporter ganz leise und lachte in sich hinein.

10.

„Fräulein Pauline", sagte Maurice Wallton bald darauf in der Bibliothek, „haben Sie ein gutes Gedächtnis?"

„Ich pflege mich dessen zu rühmen", erwiderte sie verwundert.

„Können Sie sich darauf besinnen, was Anfang Januar vorgefallen ist?"

Das junge Mädchen sah ihn zweifelnd an und gab keine Antwort.

„Genau gesagt am 2. Januar", fuhr Wallton fort. „An dem Tage erhielt Ihr Vater, wahrscheinlich beim Frühstück, ein Postpaket aus Hamburg."

„Aus Hamburg?" rief Pauline aus. „Meinen Sie das Paket aus Hamburg?"

„Ja", versetzte er mit unerschütterlicher Ruhe. „Wie benahm er sich, als er es erhielt?"

„Wir saßen beim Frühstück, als es ankam. Papa machte es auf, starrte in die drin enthaltene Schachtel hinein, wurde bleich, stieß seinen Stuhl um und stürzte hinaus. Als ich ihm nachging (damals hatte er noch nicht angefangen, sich immer einzuschließen), saß er und schrieb irgendetwas, was ich nicht sehen konnte, und seine Hände zitterten so, daß er die Feder kaum halten konnte. Und vor ihm auf dem Tisch lag ein langer Papierstreifen mit einer blauen, gewundenen Linie — —"

„Dieser hier?" fragte Wallton und hielt ihr seinen Fund hin.

Pauline betrachtete ihn staunend.

„Ja," flüsterte sie. „Wo haben Sie ihn gefunden?"

„Im Laboratorium", erwiderte der Journalist. „Aber strengen Sie bitte Ihr Gedächtnis an: Wie benahm sich Ihr Vater nachher am Nachmittag und am nächsten Tage?"

„Nachher?" wiederholte das junge Mädchen verwundert. „Nicht anders als sonst."

„O doch!" entgegnete der Berichterstatter. „Irgendetwas Besonderes wird er sicherlich getan haben. — Etwas Ungewöhnliches, meine ich, was Sie im Gedächtnis behalten haben. Denken Sie doch einmal nach!"

Pauline grübelte mit zusammengezogenen Brauen.

„Etwas Ungewöhnliches", murmelte sie vor sich hin. —

Plötzlich fuhr sie zusammen.

„Wahrhaftig, Sie haben Recht!" rief sie aus. „Papa hat am Tage darauf etwas Ungewöhnliches getan, etwas, was er zwanzig Jahre lang nicht getan hatte."

In Walltons grauen Augen blitzte es auf.

„Nun?" drängte er. „Was tat er denn?"

„Er ging hin und ließ sich photographieren!"

(Fortsetzung folgt.)

genügend Raum gegeben hat, Beweis und Gegenbeweis in Bezug auf die Streitsache zu führen. Die Kosten des Verfahrens trägt der unterliegende Teil, jedoch ist es zugelassen, dem obsiegenden Teile die Kosten aufzuerlegen, wenn es seine Vermögensverhältnisse gestatten. Ein Verfahren, welches vollständig von unserer gesamten Rechtsprechung abweicht. Das Außerkrafttreten des Gesetzes bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates.

Soziales Leben.

Verbandstag der christlichen Bauarbeiter.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands hielt am 15. Mai und folgende Tage in Dortmund seine 12. Generalversammlung ab. Der Abend des 14. Mai vereinte Delegierte und Dortmunder Mitgliedschaft des Verbandes zu einer höchst stimmungsvollen Begrüßungsfeier, an der u. a. der neue Oberpräsident der Provinz Westfalen, Herr Gronowski, und der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dr. Eichhoff, teilnahmen. Der christliche Bauarbeiterverband hatte nach dem Kriege zunächst einen schweren Stand. Die augenblickliche Mitgliederzahl des Verbandes beträgt rund 57 000. Hält die gegenwärtige Entwickelung an, was zu erwarten ist, so dürften in diesem Jahre die 60 000 überschritten werden. Auch in finanzieller Hinsicht weist der christliche Bauarbeiterverband eine sehr günstige Entwicklung auf. In der Höhe des Pro-Kopfanteils der Mitglieder an der Zentralkasse hat er im letzten Jahre den sozialdemokratischen Bauarbeiterverband und Zimmererverband überholt.

Die Generalversammlung hat dem neuen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe zugestimmt. Sie faßte mit erdrückender Mehrheit folgenden Beschluß:

„Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe. Sie erkennt die Vorteile, die der neue Vertrag den Bauarbeitern bringt, an, stellt aber zugleich mit Bedauern fest, daß berechtigte Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt worden sind, ja, daß einzelne Bestimmungen des Vertrages Verschlechterungen erfahren haben. Als besonders unbefriedigend empfindet sie die Regelung der Ferienfrage.

Dennoch glaubt die Generalversammlung die Verantwortung für einen tariflosen Zustand im Baugewerbe mit seiner wahrscheinlichen Folge ernster wirtschaftlicher Störungen gegenüber der Volksgesamtheit nicht verantworten zu können. Die katastrophale Lage des Wohnungsmarktes hat Hunderttausende Familien heimatlos gemacht oder sie in unzulänglichen Notquartieren körperlicher und seelischer Verwahrlosung preisgegeben. Weiter gedenkt die Generalversammlung der ernsten außenpolitischen Lage. Diese erfordert dringend die Wahrung des inneren Friedens im deutschen Volke, wenn auch unter Opfern der einzelnen Volksglieder.

In Berücksichtigung dieser Gesamtlage beschließt die Generalversammlung, dem neuen Reichstarifvertrage für das Baugewerbe zuzustimmen. Auch stimmt sie den neuen Reichstarifverträgen für das Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe sowie für das Isolierergewerbe zu. Bezüglich der tarifvertraglichen Regelung für den Polier- und Schachtmeisterberuf sprach die Generalversammlung die bestimmte Erwartung aus, daß die Arbeitgeberverbände durch weitestgehendes Entgegenkommen in den noch strittigen Punkten den sofortigen Abschluß dieser Verträge ermöglichen."

Kunst und Wissen.

Musikverein.

Pfitzners jüngstes und urdeutsches Werk „Von deutscher Seele" haben wir nun auch hier erlebt. Die Kantate erfuhr durch die glückliche und ideal zu nennende Chorvereinigung „Musikverein-Lehrergesangverein" unter Schützes ungewöhnlich warmherzigen und unendlich sicheren Leitung eine eindrucksvolle, tief nachhaltige Wiedergabe. Der Chor wurde mit seinem Dirigenten und dem hervorragenden Solistenquartett stürmisch und herzlich von der riesigen Zuhörerschar gefeiert. Eine eingehende Würdigung erfolgt in der nächsten Nummer. Dr. Schwermann.

Stadttheater. Am heutigen Tage trifft Dr. Ludwig Wüllner, der bekanntlich zu den bedeutendsten lebenden Größen des deutschen Theaters zählt, ein, um, wie schon früher angekündigt, für 4 Wochen in den Verband der vereinigten Bühnen zu treten. Während dieser Zeit wird er als „König Lear", als „Rosmer" in Rosmersholm und als „Empedokles" in Hölderlins „Der Tod des Empedokles" auftreten.

Die Akademie für Kirchen- und Schulmusik. Anläßlich des im Juli stattfindenden 100jährigen Jubiläums des Instituts für Kirchenmusik (Berlin-Charlottenburg) hat der preußische Landtag bei der letzten Kultusetatsberatung einstimmig den Antrag angenommen, die Lehranstalt zu einer Akademie für Kirchen- und Schulmusik umzubilden. Für das neue Institut werden künftig die Räume des Charlottenburger Schlosses, dessen Kapelle Konzertaufführungen geistlicher Musik ermöglichen soll, zur Verfügung gestellt. Das Jubiläumskonzert wird am 7. Juli in der Goldenen Galerie des Charlottenburger Schlosses abgehalten und auch unsere Bochumer Musiklehrer an den höheren Lehranstalten als ehemalige Studierende des Instituts als Teilnehmer grüßen.

Kurze Nachrichten. Max Fiedler leitet vom 15.—22. Mai in Essen anläßlich des 25. Todestages von Joh. Brahms vier Orchester- und Chorkonzerte und zwei Kammermusikabende. Mitwirkende sind: Jos. Pembaur, Emmi Leisner, Adolf Busch, das Rosé-Quartett, Eva Bruhn, von Kaza-Brockmann, der Essener Musikvereinschor und der Essener Frauenchor. — Im Rahmen des 52. Tonkünstlerfestes des Allg. deutschen Musikvereins gelangt im Düsseldorfer Stadttheater Karl Ehrenbergs Oper „Annelle" unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister E. Kleiber und der Regie des Intendanten Dr. W. Becker zur Uraufführung. — Zur Errichtung eines Grabmals für Arthur Nikisch ist in Sachsen eine Geldsammlung eingeleitet. — Das Dortmunder städt. Orchester weiht in Kürze seinen neuen Konzertsaal, den Ufa-Palast, durch drei Sinfoniekonzerte.

Fritz Buschs Dresdener Pläne. Der jüngst an die Dresdener Oper als Generalmusikdirektor verpflichtete Kapellmeister Fritz Busch beabsichtigt, sich im August mit einer Festspielwoche deutscher Meister (Fidelio, Meistersinger, Rosenkavalier) einzuführen. An Neuheiten wird er dem Opernplan einordnen: Pfitzners „Palestrina", Mussorgskis „Boris Godunow", „Der goldene Hahn" von Rimsky-Korsakoff, Richard Strauß' „Josephslegende", Strawinskys Tanzpantomime „Petruschka" (die auch O. Kemperer zurzeit am Kölner Opernhaus vorbereitet und von Kapellmeister Rudolf Schulz-Dornburg im Auszug während eines Bochumer Sinfoniekonzerts aufgeführt wurde.) Weiterhin sind zwei Schubertsche Singspiele (in Fritz Buchs Bearbeitung), Richard Strauß' Ballett „Schlagobers" und eine Neubelebung der intimen Mozartschen Opern vorgesehen.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Abgeordneten der besetzten rechtsrhein. Städte an die Konferenz von Genua

w **Berlin**, 17. Mai. Die Abgeordneten der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West haben vor einigen Tagen nachstehendes Telegramm in Bezug auf Aufhebung der Besetzung der Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort an die Konferenz von Genua gerichtet, in dem auf das Unrecht dieser Besetzung hingewiesen wird.

Die Drahtung schließt:

Nachdem alle Vorstellungen vergeblich waren, ersuchen die Reichstagsabgeordneten der betroffenen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West die Genuaer Konferenz und durch sie alle friedliebenden Völker der Erde, für die sofortige Aufhebung der Besatzung der drei widerrechtlich besetzten rheinischen Städte einzutreten.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben die Unterschrift abgelehnt; man kann aber annehmen, daß die Abgeordneten aller anderen Parteien von den Mehrheitssozialisten bis zu den Deutschnationalen auf dem Boden der Kundgebung stehen.

Berichterstattung über Genua.

D **Berlin**, 17. Mai. In der Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gab Geheimrat Bücher vom Reichsverband der Industrie über die Verhandlungen in Genua und über das Zustandekommen und den Inhalt des Vertrages von Rapallo einen Ueberblick der von Wissel ergänzt wurde. Ueber die wirtschaftlichen Ergebnisse der Konferenz, besonders in Hinblick auf die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande, erstattete Dr. Craemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, einen eingehenden Bericht. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Freispruch im Albatros-Prozeß.

TU. **Leipzig**, 17. Mai. Heute mittag wurde nach dreitägiger Verhandlung vom Reichsgericht das Urteil gegen den früheren Direktor der Albatroswerke in Berlin, Ingenieur Wiener, gesprochen. Der Senat hat sich dem Antrag des Reichsanwalts angeschlossen und auf Freispruch erkannt. Das Urteil vom 8. März 1915 ist damit aufgehoben. Die Reichskasse hat die Kosten des Verfahrens zu tragen, einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen.

Vereinbarung über Haag und den Garantiepakt.

D. **Genua**, 17. Mai. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) **In der heutigen Nachmittagssitzung wurde die endgültige Vereinbarung betr. die Konferenz im Haag erzielt, und zwar im Sinne der vorgestern in der Villa Alberti gefaßten Beschlüsse. Die Annahme der Beschlüsse verpflichtet gleichzeitig zur Annahme des Garantiepaktes. Der Pakt, der provisorisch ist, hat bis acht Monate nach der Beendigung der Konferenz von Genua Gültigkeit, also der Gottesfriede dauert von heute ab 8 Monate. Nachdem man zu dieser Vereinbarung gekommen ist, wird die Konferenz aufgelöst. Morgen wird sich die politische Kommission versammeln. Uebermorgen ((Freitag) wird man die Schlußsitzung um 9 Uhr morgens abhalten.**

D. **Genua**, 17. Mai. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Frankreich und Belgien haben an der heutigen Sitzung nicht teilgenommen. Wie ich höre, werden aber beide morgen an der Sitzung der politischen Kommission teilnehmen. Sehr wahrscheinlich werden sie auch den Garantiepakt unterzeichnen. Da die russische Frage der einzige Punkt der morgigen Tagung sein wird, wird Deutschland nicht daran teilnehmen.

Antonienhütte, 17. Mai. Wie die Blätter melden, wurden die Anführer der Bande, die in Antonienhütte gehaust hat, verhaftet. Französische und englische Truppen hatten das Gasthaus umstellt, in dem sich die Banditen versammelt hatten, und diese wurden festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Aus dem Landkreise Bochum.

Weitmar, 17. Mai. Deutsche Volkspartei. Die General-Versammlung der Ortsgruppe Weitmar-Süd der Deutschen Volkspartei tagte am 14. d. M. bei Märker. Da der frühere Vorsitzende sein Amt niederlegte, wurde Steiger Schmidt einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Es wurde beschlossen, die Versammlungen an jedem 2. Sonntag des Monats ½7 Uhr abzuhalten und in den Versammlungen auch die Beiträge zu erheben.

Hordel, 17. Mai. Deutscher Arbeiterbund. Bei überfülltem Saale im Kruppschen Stallau zu Hordel beging Sonntag, 14. d. Mts. die Verwaltungsstelle des Deutschen Arbeiterbundes ihren „Deutschen Abend." Von nah und fern waren die Kollegen, Parteifreunde der Deutschen Volkspartei, Vertreter des Bäcker- und Konditorenverbandes herbeigeeilt, um im Kreise Gleichgesinnter einige frohe Stunden zu verleben. In liebenswürdiger Weise hatten sich die Mitglieder der Jugendgruppen der D. V. P. von Hordel, Stadtbezirk I, Ehrenfeld und Wiemelhausen sowie Kollegen des Bäckerverbandes zur Verfügung gestellt, um den Abend verschönern zu helfen. Nach der Begrüßungsansprache des Gau-Geschäftsführers Twele trug Herr Paul Schmalenbeck das Gedicht vor: „Wachet auf, westfälische Brüder!" Anschließend Lieder zur Laute: „Der Winter ist vergangen" von der Jugendgruppe Hordel. Sodann ergriff der 1. Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Kollege Krückhans das Wort zu seiner Festrede. Er behandelte das Thema: „Warum feiern wir deutsche Abende?" Seine Ausführungen gipfelten in dem Gedanken, daß alle für nationale Aufklärung sorgen müssen. Man wolle keinen Klassenkampf, sondern friedliche Verständigung. Nationale Gesinnung verbürge ein einiges Volk und damit auch den Wiederaufbau Deutschlands. Begeisternder Beifall wurde dem Kollegen Krückhans für seine Ausführungen zuteil. In zwangloser Reihenfolge wetteiferten nun die Mitglieder der Jugendgruppen der D. V. P., um ihr Bestes zu geben. U. a. wurde vorgetragen: „Die Entsettungskur", „Der Brief des Grenadiers", „Baldrian und Nepomuck" (Die beiden Pessimisten), Lieder zur Laute, die künstlerisch zur Vorführung gebrachten Schattenbilder, eine Verlosung und Tanz führten zu froher und herzlicher Geselligkeit.

× **Riemke**, 17. Mai. Die weiße Seuche. Freitag, 19. Mai, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr wird in der Gemeindeturnhalle der Tuberkulosen-Aufklärungsfilm „Die weiße Seuche" mit ärztlichen Erläuterungen gezeigt. Bei der großen volksgesundheitlichen Bedeutung dieser Veranstaltung ist der Besuch sehr zu empfehlen, zumal das Eintrittsgeld (1 Mk. für Kinder und 2 Mk. für Erwachsene sehr niedrig ist.

as. **Gerthe**, 17. Mai. Der „einarmige" Bettler. Der Arbeiter Max Schubert aus Börnig, Viktoriastraße 22, versuchte sich auf leichte Art eine Einnahme zu verschaffen. Als Schwerkriegsbeschädigter zog er am 14. ds. Mts., vormittags, in der Gemeinde Harpen von Haus zu Haus mit der Bitte: „Habt Mitleid mit einem einarmigen Menschen". Als er hierbei in das Haus eines Polizeibeamten kam, nahte sein Verhängnis. Bei der Revision stellte sich heraus, daß Schubert den rechten Arm an den Leib geschnallt hatte. In seinem Besitz befand sich auch eine schwarze Augenbinde, um gegebenenfalls Augenkrankheit vorschützen zu können. Er hatte in kurzer Zeit 14.20 Mk. zusammengebettelt.

Aus der Nachbarschaft.

* **Eickel**, 17. Mai. Feuer. Sonnabend abend gegen 7,30 Uhr ertönte das Feuersignal. Im Kortolichtspielhaus war ein Filmbrand ausgebrochen. Eine große Menschenmenge sammelte sich in kurzer Zeit bei der Unglücksstätte an. Der Brand wurde jedoch gleich gelöscht, so daß ein größeres Unglück verhütet wurde. Die Eickeler Freiwillige Feuerwehr war rasch zur Stelle, sie brauchte aber nicht mehr einzugreifen. Nach dem Vorfall stellte das Lichtspielhaus seine Vorführungen ein und wurde geschlossen.

ro **Linden-Dahlhausen**, 17. Mai. Die Offenlegung des Haushaltungsplanes für Linden-Dahlhausen für das Rechnungsjahr 1922 erfolgt am 17. d. M. für 14 Tage im Amtshause 1, Zimmer Nr. 8. — Der Wartburgverein unter Leitung von Pfarrer Weber zu Linden feiert Sonntag, 21. d. M., sein 11. Jahresfest in Linden. Die Festpredigt hat Pfarrer Koch aus Soest übernommen. Die Nachfeier wird nachmittags 4 Uhr im Saale des Wirts Lutz abgehalten.

· **Blankenstein**, 17. Mai. Die Amtsversammlung bewilligte die erhöhten Pflegesätze für die Krankenhäuser in Blankenstein und Hattingen. Der Jahresbeitrag für den Westfälischen Heimatbund wurde auf 500 Mark festgesetzt. Dem Kreisverein für Heimatpflege tritt das Amt mit einem Jahresbeitrage von 1000 Mark als Mitglied bei. Hinsichtlich der Wohnungsbauabgabe war in der vorigen Sitzung beschlossen worden, daß das Amt der Träger der Abgabe sein soll. Der Finanzausschuß hat nun folgende Grundsätze aufgestellt: Veranlagung und Erhebung der Abgabe geschieht durch das Amt. Es wird beim Minister beantragt, daß das Amt 20 Jahre lang die Erhebung ausführen kann. Die Verteilung der Gelder soll jährlich durch das Amt geschehen, auf Vorschlag des Finanzausschusses. Grundsatz soll sein, daß den leistungsschwachen Gemeinden besonders geholfen werden soll. Die in der vorigen Sitzung aufgeworfene Frage, ob das Amt auch der Träger der gesamten Wohnungsbautätigkeit sein soll, lehnt der Finanzausschuß mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ab. Das Amt gibt den Gemeinden ihre Zuschüsse nach Maßgabe ihrer Einkünfte. Es wird weiter vom Finanzausschuß vorgeschlagen, die Wohnungsbauabgabe auf 100 Prozent zu erhöhen (d. h. 75 Prozent Zuschlag zur staatlichen Abgabe von 25 Prozent), und einen entsprechenden Antrag beim Minister zu stellen. Vorsitzender Amtmann Thiel erwähnt bei dieser Gelegenheit eine Vereinbarung, wonach die Wohnungsbauabgabe im Laufe des Jahres wohl auf 100 Prozent grundsätzlich festgelegt werden dürfte. Die Amtsversammlung erklärte sich mit den Vorschlägen des Finanzausschusses einverstanden.

Aus den Provinzen.

nbl. **Eelsenkirchen**, 17. Mai. Ein dreister Raub wurde am hellen Tage in der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung des Kaufmanns Richard Keller in der Vereinsstraße ausgeführt. Dort drang ein Mann ein, bedrohte die allein anwesende Frau Keller mit gezücktem Dolch, forderte sie auf, sich ruhig zu verhalten und versetzte ihr einen Stoß, so daß sie ohnmächtig hinfiel. Der Räuber erbeutete dann den Inhalt einer Kassette, 51 000 Mark, und verschwand spurlos. Das Geld war der Erlös für ein vor einigen Tagen verkauftes Zigarrengeschäft des Beraubten.

TBO. **Halver**, 17. Mai. Im Walde verirrt. Im Schwelmhauser Walde wurde ein Mann in völlig erschöpftem Zustande gefunden, der dort schon etwa fünf Tage gelegen hatte. Der Mann hatte sich auf einer Fußtour verirrt und war infolge Erschöpfung im Walde liegen geblieben. Erst nach mehreren Tagen vernahm man seine Hilferufe. Man brachte ihn ins Lüdenscheider Krankenhaus.

TBO. **Olpe**, 16. Mai. Ein Geschenk für das Wohnungsamt. Auf dem Wohnungsamt ließ eine Frau, deren Gesuch um Zuweisung einer Wohnung nicht erfüllt wurde, ihr Kind mit der Bemerkung zurück, sie werde es nicht eher wiederholen, als bis man ihr eine Wohnung gegeben habe. Die Frau ist anscheinend mit der Absicht, das Kind auf dem Wohnungsamt auszusetzen, hierhergekommen, da sie Kinderwäsche und Milchflasche gleich mitgebracht hatte.

TBO. **Arnsberg**, 17. Mai. Neue Talsperre. In der Gemeinderatssitzung zu Langscheid wurden Mitteilungen über das Projekt der Sorpetalsperre gemacht, die das ganze Sorpetal zwischen Almecke und dem Punkte, wo die Sorpe nach Langscheid abzweigt, also in einer Ausdehnung von 8 bis 10 Kilometer, umfassen soll. Der Stauinhalt ist auf 70 Millionen Kubikmeter Wasser berechnet. Der Staudamm ist nicht als Steinmauer, wie an der Möhnetalsperre, sondern als ein gewalzter Erddamm geplant; als solcher wird er ein Bauwerk darstellen, wie es in solch riesigen Ausmassen bisher in Deutschland noch nicht erstellt worden ist. Die Sohle des 60 Meter hohen Sperrdammes wird eine Dicke von über 300 Meter haben. Die Kosten sind auf 100 Millionen Mark veranschlagt. Als Bauzeit sind 5 bis 8 Jahre in Aussicht genommen.

TBO. **Trier**, 17. Mai. Sinken der Kartoffelpreise. Seit einigen Wochen ist ein sprunghafte Abwärtsbewegung des Kartoffelpreises festzustellen. Während gute Speisekartoffeln anfangs April noch 350 bis 380 Mark kosteten, werden sie jetzt von den Händlern mit 255 Mark angeboten. Der Preisrückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Großgrundbesitzer im Osten den größeren Teil der reichen Ernte infolge des frühzeitig eintretenden Winters einmieten mußten, weshalb sie jetzt noch über bedeutende Vorräte verfügen.

Sport.

Die Neueinteilung des westdeutschen Spielverbandes.

In jedem Gau steigen 6 Kreisligavereine auf. Der Ruhrgau zählt 16 Gauligavereine.

In der letzten Sitzung, die am 13. Mai in Düsseldorf tagte, wurden von der Einteilungskommission folgende Beschlüsse gefaßt:

Aus finanziellen Gründen kann nur die Schaffung eines Gaues gestattet werden. Der 6. Gau, der Niederrheingau, ist damit aus der Taufe gehoben, der Gau Südwestfalen dagegen abgelehnt. Man einigte sich, daß in jedem Gau 6 Vereine aus der Kreisliga in die Gauliga aufsteigen und legt gleichzeitig die Zahl der Gauligavereine fest. Rheingau 22 Vereine, spielt in 2 Gruppen; Ruhrgau, 16 Vereine, (1 Gruppe!), Gau Hessen, 14 Vereine (2 Gruppen!), Westfalengau, 12 Vereine, (2 Gruppen!), Bergisch-Märkischer Gau (1 Gruppe), Niederrheingau, 14 Vereine, (1 Gruppe).

Pokalspiele des Rasensportverbandes Bochum.

Die gestrigen Spiele hatten folgende Ergebnisse:

B. V. 07 Bochum — Preußen Bochum 1:3,
Westfalia Bochum — Hamme 83 4:1.
Phönix Bochum — Westfalia Weitmar 6:3.

Leichtathletik.

Die internationalen leichtathletischen Wettkämpfe des Aachener Turn- und Sportvereins 1847 nahmen einen glänzenden Verlauf. Die Berliner waren wie gewöhnlich nicht erschienen, dafür war aber die erste westdeutsche Klasse am Start. Ein ganz besonderes Interesse konnten die Staffelläufe für sich in Anspruch nehmen. Der deutsche Meister Houben (Preußen-Krefeld) konnte fast alle Staffeln, an denen er sich beteiligte, für seinen Verein entscheiden. Glänzend war sein Lauf als Endmann in der 4×100 Meter-Staffel, wo er etwa 4 Meter zurück den Stab empfing und mit etwa 7 Meter Vorsprung siegte, nachdem er die scharfen Einzelkämpfe schon hinter sich hatte.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel, Sport und letzte Nachrichten: Th. Jossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwind; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Vorbeugen ist besser als heilen,

dieser in der Theorie stets gerne zugegebene Wahrheitssatz wird in der Praxis meist erst dann zur Tat, wenn Epidemien, wie die zurzeit überall herrschende Grippe die Stärkung und Steigerung der Widerstandskraft des Körpers geradezu fordern! Denn ein widerstandsfähiger Organismus wird naturgemäß schneller und leichter die Attacke bei Grippe und dergl. überwinden, als ein geschwächter. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf das zahllose Heer der Blutarmen, Bleichsüchtigen, der Rekonvalescenten nach schwerem Wochenbett, Operation usw. Geradezu überraschend sind nach dem Gutachten vieler Aerzte und zahlreicher fast täglich freiwillig einlaufender Anerkennungsschreiben dankbarer Patienten, die schon die verschiedensten Mittel ohne Erfolg versucht hatten, die glänzenden Resultate mit dem von der Chemischen Fabrik J. F. Neubaus in Ottweiler (Saar) seit Jahren in den Handel gebrachten Präparate Neoferrol (ges. geschl.), welches zum Preise von Mk. 40,— pro Flasche in allen Apotheken und besseren Drogerien zu haben ist. So schreibt z. B. Herr Dr. med. R. G., Arzt in U.: „Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß das von Ihnen hergestellte Neoferrol von mir verwandt wird. Von besonderem Nutzen ist der Gebrauch bei Bleichsucht (Anämie) und mangelhafter Entwicklung der Kinder, sowie in der Rekonvalescenz nach schwächenden Krankheiten. Auffallend ist die günstige Beeinflussung des Appetits sowie, daß Neoferrol fast durchweg selbst von empfindlichen Patienten gern und dauernd genommen wird. Auch Verdauungsschwäche bietet keine Kontraindikation."

Die Weiße Seuche kommt!

Wer Stoff hat

der bringe denselben nach mir zur Anfertigung nach Maß, desse Zutaten, Umändern, Reparaturen und Auflügeln zum billigsten Preis. 816

Herm. Ifsel, Bochum
Dorstener Straße 116.

Städtisches Orchester Bochum

Reihe A. Letztes Konzert 21,22.

Freitag, den 19. Mai 1922, abends 8 Uhr im Stadttheater:

XVIII. Symphoniekonzert

Solistin: Emmi Land vom Stadttheater Hamburg (Gesang)

Leitung: Werner Wolff-Hamburg und Rudolf Schulz-Dornburg.

M. Moussorgsky, acht Skizzen, Suite für Orchester: Promenade / Das alte Schloß / Tänze der Küken im Käfig / Auf dem Marktplatz von Limoges / Samuel Goldenberg und Schmuyleder / Katakomben / Zauberstall auf Hühnerfüßchen / Der Turm von Kiew.
Heinz Tobi, vier Lieder für eine Singstimme mit Begleitung des Orchesters (Uraufführung).
Richard Wagner, Ouvertüre zu „Der fliegende Holländer".
Werner Wolff, vier Lieder für eine Singstimme mit Begleitung des Orchesters (Uraufführung unter Leitung d. Komponisten).
Richard Strauß, „Till Eulenspiegel" symphonische Dichtung für großes Orchester.

Karten sind an der Konzertkasse im Stadttheater vorm. von 10 bis 2 Uhr und eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung zu haben. Die Vormieter der Reihe B erhalten gegen Vorlegung der Dauerkarte Preisermäßigung.

Westfälischer Hof
Einsiedler-Bier 16 Prozent Starkbier.
Pschorr-Bräu, München — Viktoria-Pils
Anerkannt gute Küche und Weine.

Einladung.

Die Mitglieder des gemeinnützigen Bauvereins e. G. m. b. H. Gerthe, werden hierdurch zu einer am Freitag, den 26. Mai ds. Js., nachmittags 6 Uhr in der Wirtschaft Hanbols in Gerthe stattfindenden

Generalversammlung

eingeladen.

Gerthe, den 16. Mai 1922.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates: Lewe.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Ersatzwahl für die ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Verschiedenes.

Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegen ab heute zur Einsicht der Genossen im Kassenlokal offen. 11325

NIERLB—ASSCEL
Wer rät? diese zwei Städte!
15 000 Wertpreise!

Jeder Einsender der richtigen Lösung erhält umsonst und ohne jede Verpflichtung einen zeitgemäßen Gegenstand. Die geringen Versandspesen muß der Einsender tragen. Außerdem gelangen noch laut Prospekt zur Verteilung: 1 Grammophon-Apparat, 1 Photoapparat, 10 Damen- und Herrenuhren, Schmuck- und Gebrauchsgegenstände für Damen und Herren, Bücher etc. im Gesamtwerte von etwa Mk. 25 000. Viele Anerkennungsschreiben. Schreiben Sie ihre Lösg. a. eine Postkarte (Porto M. 1.25) mit ihrer genauen Adresse, worauf Sie kostenlos Prospekt erhalten.
Verlag E. VOGT, Heidelberg. P. 31.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.
Bisher abgeschlossene Versicherungen reichlich
3½ Milliarden Mark
Alle Überschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.
Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
Kinderausstattung, Steuerversicherung.
Auskunft und Drucksachen durch den Vertr.: H. Bruns, Bochum, Piepersr. 39, Tel. 539.

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM-HERMANNSWERDER
JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM für Mädchen u. jüng. Knaben.
FRAUENSCHULE mit staatl. Berechtg.
HAUSHALTUNGSSCHULE
ERHOLUNGSHEIM
Idyllische Lage am Wald u. Wasser.

Die Weiße Seuche kommt!

Hutfabrik
Kemner
Obere Marktstr. 27
Moderne Hüte aller Art
Hervorragende Auswahl in Strohhüten

Fischer
Bochum, Obere Marktstraße 18
Herne — Dortmund — Buer
Grösste Spezial-Geschäfte für Herren- und Knaben-Kleidung

Leichte Sommerkleidung

Lüster-Joppen schwarz, blau und farbig, ein- und zweireihig
98.- 145.- 195.- 250.- 325.- 385.- 450.- 525.- und höher

Wasch-Joppen grün, grau und beige, mit und ohne Falten
98.- 115.- 160.- 198.- 260.- 285.- 350.- 375.- und höher

Wasch-, Lüster- und Tennis-Hosen

Wasch-Anzüge / Lüster-Anzüge
350.- 375.- 450.- 485.- 550.- 600.- 675.- 785.- und höher

In leichter Sommerkleidung unterhalte ein riesiges Lager in allen Größen.
Sie finden bei mir leichte Joppen auch für die stärkste Figur.

Burschengrößen sind 15—20% billiger

Sport-Hosen / Sport-Hemden / Gürtel-Westen / Loden-Joppen
Sport-Strümpfe / Wickel-Gamaschen

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.
Donnerstag, 18. Mai, 7—10 D. 26.
„Lobetanz"
B. V. B. I 401—500 und II 1—50.
Freitag, 19. Mai, 8 Uhr: Reihe A.
13. Symphoniekonzert des städt. Orchesters

Neues **Operetten-Theater** Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534
Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr:
Ungeahnter Lach-Erfolg!
Der keusche Lebemann!
Schwank in 3 Akten.

Montag, 22. Mai, letzte Vorstellung
Circus Corty-Althoff
Bochum Moltkemarkt
Heute abds. 7½
30 Nummern ohne Pause
Eisenkönig
mit ganz neuen Sensationen
Musikal. Elefanten
Heute vormitt. 11—1
Gr. öffentl. Probe und Marstall-Besicht.

Schuhmacher-Nähmaschine,
gut nähend, billig zu verkaufen. F. Neugebauer 3182 Weitmar

Gemeinde-Kino Weitmar
Restaurant Müller, Wiemelhauserstr. 3
Nähe Zeche Karl Friedrich :: :: Nähe Zeche Karl Friedrich

Die weiße Seuche!
Tuberkulose-Aufklärungsfilm
Heute letzter Vorführungstag
Beginn abends 8 Uhr!

Wegen der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Films ist der Eintrittspreis auf den geringen Betrag von 2.50 und 3.00 Mark bemessen.

Homborg's Bestecke zieren jede Familientafel

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
ALTE STUTTGARTER
Größte europ. Lebensversicherungsgesellsch. a. Gegens.
Neue Anträge 1921 . . . 793 Millionen Mark
Bankvermögen . . . über ¼ Milliarden Mark
Versich.-Bestand Ende 1921 2,7 Milliarden Mark
10028 Auskünfte erteilt in Bochum:
A. Schramm, Generalagent, Yorkstrasse 4.

Zahn-Gebisse
Zahn b. 20 Mk. u. mehr — wenn verwendbar —
kauft Zahnpraxis 51
Brückstraße 51
Auf Haus-Nr. 51 achten!

Die Weiße Seuche kommt!



Sie nehmen HEKRO drum sind sie glücklich
HEKRO ist gut
HEKRO strahlt
HEKRO eilt
HEKRO spart
HEKRO EXTRA pflegt den feinen Schuh
Die Stiefel halten länger
Alleinerzeuger HEKRO WERKE Dortmund.

Ein Schlager für jeden Pfeifenraucher:
nur garantiert echte, reine Tabake. — Beziehen Sie direkt von der Fabrik,
Sie ersparen viel Geld!
Zur Probe 100 Gramm einer Sorte. — 400 Gramm als Musterpostsendung sind am billigsten. 8122



Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen!
Es kosten versteuert in 100- oder 500-Gramm-Packung:
Grobschnitt p. Pfd. 35.— 48.— 53.— u. 60.— M.
Mittelschnitt p. Pfd. 50.— 55.— 62.— u. 66.— M.
Zigarettentabak Haarschnitt in 50- oder 100-Gramm-Packung, ... per Pfund 120.— u. 144.— M.
gegen Nachnahme, Packung frei, Von 6 Pfund an portofrei. Preisliste franko u. gratis.
Preisänderung jederzeit vorbehalten.
Rauchtabak-Fabrik „Weltruf" Emil Köller, Bruchsal 522, Baden.
Eingerichtet mit den modernsten Spezialmaschinen für Tabakfabrikation.

CIGARREN Bern Bochum ass Obere Marktstr. 38a Fernruf 549 **CIGARETTEN**

Rat u. Hilfe bei Vaterschaftssachen, Zivil- u. Strafprozessen, Ermittlungen, Beobachtungen od. sonstige interne Angelegenheiten sowie schnellste
Ehescheidung in vornehmster Form, evtl. ohne persönliche Bloßstellung, Erteilung sämtlicher Geschäfts- und Privat-
Auskünfte bes. bei Verlobung, Heirat, über Vorleben, Ruf, Charakter, Mitgift, usw. auf allen in- u. ausl. Plätzen durch die
Detektiv-Auskunftei „Metus" 8224 Dortmund, Westenhellweg 13, Tel. 3771
Durch große dauernde Erfolge fast ausschließlich auf Empfehlung tätig. Besprechung kostenlos. Garantie für größtmöglichste Zuverlässigkeit u. Diskret

Trauringe massiv Gold 8/8 jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers Goldschmiedemeister Bochum, Wilhelmstr. 13

Futterkartoffeln hat abzugeben
A. Barenberg, Lager Kreuzstraße 11.

NDL NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern
Von BREMEN nach
NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA
Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschafterräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.
Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch:
In Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstr. 26
In Essen a. R.: Norddeutscher Lloyd, Generalagentur, Handelshof.

ff. westfälischer **Pumpernickel** Friedensqualität Markenfrei



ganz und geschnitten
Feinbäckerei **Carl Hackert**
Inh.: Hugo Hackert Fernsprecher Nr. 509.
Bochum, Hellwegstr. 4

Kemner
Obere Marktstr. 27
Bochums beste **Umpresserei** für Herren- und Damen-Hüte
Schnellste Lieferung

Die Weiße Seuche kommt!

Nr. 116. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 18. Mai 1922

Deckung des Fehlbetrages des städt. Haushaltsplans für 1922.

Den Stadtverordneten ist die Magistratsvorlage über die Deckung des Fehlbetrages des Haushaltsplanes für 1922 zugegangen.

Nach dem der Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten Entwurf des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 sind als ungedeckter Fehlbetrag im Sonderplan unter der Bezeichnung „Aus noch zu beschließenden Erhöhungen bestehender Einnahmen, aus neu zu erschließenden Einnahmen auf Grund des Landessteuergesetzes, sowie aus weiteren Ueberweisungen aus Reichssteuern" 60 000 000 Mk. vorgesehen.

Hierzu kommen noch: a) die in dem Haushaltsplan unter den Einnahmen des Gaswerks bereits zugesetzten Mehrerträgnisse aus Gaspreiserhöhungen die hier vorläufig mit 2 700 000 Mk. angenommen waren, über deren Höhe jedoch auf Grund dieser Vorlage beschlossen werden muß. In dem Sonderhaushaltsplan des Gaswerks ist dieser Betrag noch nicht aufgenommen. b) die in dem Haushaltsplan bei den Ausgaben irrtümlich nicht abgesetzten, in den Sonderplänen unter dem Strich aufgeführten Beträge zur Tilgung der Anleiheschulden und die Ueberweisungen an die Rücklagen 1. für das Gaswerk 176 800 Mk.; 2. für das Wasserwerk 289 300 Mk.; 3. für das Elektrizitätswerk 163 000 Mark, zusammen 3 329 100 Mk., sodaß sich der noch zu deckende Fehlbetrag zunächst auf 63 329 100 Mark erhöht.

Hiervon sind die inzwischen durch die Stadtverordnetenversammlung schon beschlossenen Einnahmen a) Grundsteuererhöhung von 1.7 Prozent auf 3 Prozent des gemeinen Wertes 6 200 000 Mk.; b) Erhöhung der Schulgelder für die städt. höheren Lehranstalten 1 375 000 Mk. zusammen 7 575 000 Mk. abzusetzen, sodaß noch 55 754 100 Mark zu decken bleiben.

Der Vorstand der Vereinigung der Finanzdezernenten der größeren Deutschen Städte hat am 3. März 1922 Richtlinien zur Aufstellung des Haushaltsplanes für 1922 aufgestellt. Daraus geht hervor, daß durch das Landessteuergesetz keine erhebliche Hilfe für die Gemeinden zu erwarten ist. Wenn man sich über die Möglichkeit der Deckung des laufenden Finanzbedarfes schlüssig machen will, wird man daher zunächst auf die Einnahmen der einzelnen städtischen Verwaltungszweige zurückgehen und im einzelnen prüfen müssen, ob Leistung und Gegenleistung noch in etwa den heutigen Geldverhältnissen entspricht. Ein dem jetzigen Geldwert entsprechender Ausgleich ist notwendig, will man nicht einen ganz unübersehbaren Fehlbetrag dauernd behalten.

Um einen Ueberblick zu gewinnen, wird daher eine Uebersicht über die Steigerung der Gemeindeeinnahmen für das Rechnungsjahr 1922 beigefügt. Im einzelnen wird zu dieser Uebersicht u. a. bemerkt:

I. Anteile an den Reichssteuern.

Außer dem gewährleisteten Anteil an der Reichseinkommensteuer, Körperschafts- und Umsatzsteuer mit 16 045 000 Mk. sind noch 19 Millionen Mark Vorschüsse, bezw. zu erwartende Zuschüsse des Reichs für die Besoldungserhöhungen der städt. Beamten, Lehrer und Arbeiter eingestellt, sodaß bereits jetzt diese Anteile auf rd. 35 Millionen angenommen sind.

Bei den Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen stellte der Vertreter der Handelskammer folgende Berechnung auf, die sich auf Angaben und Schätzungen des hiesigen Finanzamtes, sowie auf Veröffentlichungen im Reichsanzeiger über die Monatseingänge an Reichssteuern aufbaut.

Aufkommen für das Rechnungsjahr 1920: Einkommensteuer 101 815 000 Mk., Körperschaftssteuer 14 400 000 Mk., schätzungsweise davon an die Gemeinde 1921 bei Körperschaftssteuer 30 Millionen und nach der Verdoppelung der Steuersätze 60 Millionen Mark ein Drittel gleich 20 Mill. 1921 Einkommensteuer ca. 180 Mill. 3/5—20% : 2 = 50 Mill., Umsatzsteuer ca. 130 Mill = 6,5 Mill., zusammen 76,5 Millionen.

Diese Zahlen dürften jedoch weit überschätzt sein, sie finden jedenfalls in den bisherigen Veranlagungsergebnissen keine Stütze. Zweifelhaft ist außerdem, ob das örtliche Aufkommen der Steuern oder ob der gewährleistete Anteil zuzüglich eines bestimmten Prozentsatzes oder ein anderer Maßstab als Grundlage für die Beteiligung der Gemeinden an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer dienen soll. Nach dem Entwurfe der Novelle zum Landessteuergesetz soll sogar nur das Sollaufkommen des Vorjahres der endgültigen Verteilung zu Grunde gelegt werden, was eine erhebliche Benachteiligung der Gemeinden bedeuten würde.

Die Berechnung des Anteils an den Reichssteuern auf Grund der Richtlinien der Finanzdezernenten würde einen Gesamtbetrag von nur 19 Millionen Mark ergeben. Doch dürfte diese Summe hinwiederum erheblich zu niedrig sein und eine Ausgleichung des Haushaltsplans völlig ausschließen.

II. Indirekte Gemeindesteuern.

Lustbarkeitssteuer. Durch die mit dem 1. April 1922 in Kraft getretene neue Ordnung über die Vergnügungssteuer werden keine Mehreinnahmen erwartet werden können, weil jetzt verschiedene, bisher steuerpflichtige Veranstaltungen, namentlich auf dem Gebiete des Sportes und der Kunst steuerfrei geblieben, dann aber auch die Steuersätze für einige andere Veranstaltungen geringer sind als nach der alten Steuerordnung. Da die Aufsichtsbehörde eine weitere Steigerung der Steuersätze ablehnt, kann eine Mehreinnahme durch örtliche Erhöhung der Steuersätze nicht erzielt werden.

Hundesteuer. Es waren gemeldet am 1. April 1914 2466 Hunde, am 1. April 1920 1260 Hunde, am 1. März 1922 3985 Hunde. Vom 1. März bis 5. Mai 1922 sind 452 Hunde ab- und 358 Hunde angemeldet. Es hat sich jetzt mithin trotz der bekanntgegebenen Erhöhung der Hundesteuer die Zahl der Hunde nur um 104 verringert. Seit Mitte April überschreiten bereits die Neuanmeldungen die Abmeldungen erheblich.

Gemeindebiersteuer. Nach den bestehenden Vorschriften ist eine Erhöhung unzulässig. Voraussichtlich wird aber die Einführung einer allgemeinen Getränkesteuer zu Gunsten der Gemeinden durch die Novelle zum Landessteuergesetz zugelassen werden. Ob bei der heute üblichen Behandlung solcher Gesetzesvorlagen sowie der Handhabung der Staatsaufsicht auf eine Einnahme in diesem Rechnungsjahre noch zu rechnen ist, steht dahin.

Schankerlaubnissteuer. Durch die Erhöhung der Steuersätze wird ein Mehrertrag von etwa 400000 Mk. erzielt werden können. Genaue Berechnungen lassen sich allerdings nicht aufstellen, da das Steuerergebnis stark von dem Besitzwechsel der Wirtschaften abhängt.

III. Direkte Gemeindesteuern.

Gemeindesteuer vom Grundbesitz. In dem Haushaltsplan sind 1,7 Prozent des gemeinen Wertes der Grundstücke = 8 200 000 Mk. eingestellt. Inzwischen ist durch Stadtverordnetenbeschluß vom 31. März 1922 eine Erhöhung um 1,3 Prozent, mithin 6 200 000 Mk. Mehreinnahme beschlossen, sodaß sich die Gesamtbelastung auf 3 Prozent mit einem Erträgnis von rund 14 400 000 Mk. beläuft. Hiervon sollen nach dem oben erwähnten Stadtverordnetenbeschluß 0,5 Prozent abgerechnet werden, weil dieser Betrag auf die für das Rechnungsjahr 1921 veranlagten, aber nicht zur Erhebung kommenden Grundsteuern angerechnet werden soll. Weiter sollen 0,7 Prozent zur Verzinsung und Tilgung der für Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen zu Wohnungsbauten aufgenommenen Darlehen mit 3 388 000 Mk. verwendet werden. Die staatliche Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer ergibt ein Soll von 469 700 Mk. Die Belastung durch die Gemeindegrundsteuer beträgt demnach rund 3070 % der staatlichen Veranlagung.

Gemeindesteuer vom Gewerbebetrieb. Die in den Haushaltsplan eingestellten 36 Millionen Mark Ertrag stellen das Ergebnis für das Rechnungsjahr 1921 dar. Gegenüber der Vorkriegszeit entspricht dieses einer Steigerung von 4085 Prozent gegenüber 1642 Prozent Mehrbelastung bei der Grundsteuer.

Zu der Gewerbesteuerordnung der Stadt Bochum vom 29. Juli 1921 hat der Oberpräsident die Zustimmung am 2. Dezember 1921 nur für das Rechnungsjahr 1921 mit der Maßgabe erteilt, daß, falls die Steuer nach Ablauf des Jahres weiter erhoben werden soll, es einer rechtzeitigen erneuten Beschlußfassung der Stadt, sowie der Einholung einer weiteren Genehmigung und Zustimmung bedarf.

Da die Steuerordnung als solche sich bewährt hat und die Vertretungen der Industrie, des Handels und des Handwerks, mit denen auf Grund der neuen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes verhandelt wurde, eine Abänderung der Steuerordnung nicht für wünschenswert halten, wird ihre unveränderte Beibehaltung auch für dieses Jahr zweckmäßig sein. Veränderungen dürften sich auch deshalb für dieses Jahr nicht empfehlen, weil Verhandlungen über eine einheitliche Gestaltung der gewerblichen Besteuerung in den großen Städten des Industriegebiets vom nächsten Jahre ab eingeleitet werden sollen und ein dauernder Wechsel in den Besteuerungsgrundsätzen eine allzugroße Unsicherheit und Mißhelligkeiten für die Steuerpflichtigen wie auch für die Verwaltung im Gefolge haben würde.

Wegen Erhöhung der Gewerbesteuerprozentsätze haben die jetzt nach dem Kommunalabgabengesetz notwendigen Verhandlungen mit den Interessenvertretungen der Steuerpflichtigen (Handelskammer, Großindustrie, Handwerkskammer) stattgefunden. Diese haben zu dem Ergebnis geführt, daß alle Beteiligten sich damit einverstanden erklärt haben, daß für das Rechnungsjahr 1922 anstelle der im Vorjahre erhobenen 250 Prozent jetzt 300 Prozent der durch Paragraph 10 der Gewerbesteuerordnung festgesetzten Verhältniszahlen unter der Voraussetzung erhoben werden, daß für die unteren Stufen der Gewerbesteuerpflichtigen —, im Wege des Erlasses — eine Ermäßigung der Steuersätze eintreten soll. Von der Finanzverwaltung war ursprünglich der Vorschlag gemacht, die Gewerbesteuerordnung derart zu ändern, daß für die unteren vier Stufen (bis 30 000 Mk. Ertrag) geringere Prozentsätze festgesetzt werden, daß daneben aber noch von den Betrieben über 20—100 Arbeitnehmern eine Kopfsteuer neu eingeführt werden soll. Das Zahlenergebnis dieser Vorschläge deckt sich ungefähr mit dem Ertrag der Gewerbesteuer nach dem von den Interessenten gemachten Vorschlage.

Bleibt die jetzige Steuerordnung bestehen, sodaß neben der zeitigen Kopfsteuer von Betrieben über 100 Arbeitnehmer die halben Ertragssteuern erhoben werden, so ergibt dieses bei einem Zuschlag von 300 Prozent 1. Kopfsteuer von etwa 12 Betrieben 15 414 000 Mk.; 2. Ertragssteuer unter Berücksichtigung der natürlichen Steigerung 41 000 000 Mk., zusammen 56 414 00 Mk.

Werden hiervon nach dem Antrag der Gewerbetreibenden und in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Rechnungsausschusses von der ersten Stufe der Gewerbesteuer (bis 15 000 Mk. Ertrag) die Steuern ganz erlassen, so entsteht ein Ausfall von rund 600 000 Mk. Werden ferner von der zweiten Stufe (15—20 000 Mk. Ertrag) nur die Hälfte der Steuern erhoben, so ergibt dieses einen weiteren Ausfall von rund 400 000 Mk., mithin zusammen 1 Million Mark. Für unvorhergesehene Fälle sind dann noch rund 414 000 Mk. vorgesehen, sodaß mit einem Nettoertrage von 55 Millionen Mark, das sind 19 Millionen Mark mehr, als in dem Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind, gerechnet werden kann.

Die staatliche Veranlagung der Gewerbesteuer für 1922 ergibt ein Soll von 1 123 800 Mk. Die Belastung durch die Gemeindegewerbesteuer beträgt demnach rund 5000 Prozent der staatlichen Veranlagung.

Bei dieser Regelung haben sich die Großbetriebe der Stadt Bochum, die gegen die Gewerbesteuerveranlagung für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 Einspruch erhoben haben, bereit erklärt, auf die weitere Verfolgung ihrer noch schwebenden Einsprüche zu verzichten. Es handelt sich hierbei um etwa 6,4 Millionen Mark strittiger Gewerbesteuern aus dem Rechnungsjahre 1920 und um etwa 13,8 Mill. Mark aus dem Rechnungsjahre 1921.

Da die Gewerbesteuer nach dieser Belastung bereits eine weitere Steigerung auf das 56fache der Vorkriegszeit erfahren wird, so erscheint eine noch stärkere Heranziehung der Gewerbesteuerpflichtigen vorerst nicht ratsam. Nach der jetzigen Steuerordnung und bei 300 Prozent Zuschlag ergibt sich eine Belastung des Ertrages von 6 Prozent in der untersten und 42 Prozent in der obersten Steuerstufe. Dazu kommt die Erhöhung durch die Kopfsteuer bei den Betrieben mit größerer Arbeiterzahl.

Eine Vergleichung der Gewerbesteuerveranlagungen mit denen anderer Gemeinden hat ergeben, daß die Stadt Bochum mit den z. Zt. geltenden Gewerbesteuersätzen sich, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, mit an erster Stelle der Großstädte des Industriebezirkes bewegt, wenn sie auch nicht die Steuerbeträge erreicht, die in einigen benachbarten Gemeinden bereits im Vorjahre erhoben wurden.

Betriebssteuer. Nachdem die Grundsteuer sowohl, als auch die Gewerbesteuer bis zum äußersten angespannt werden mußten, ist nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes und der an die Genehmigungsbehörden ergangenen Anweisungen des Ministers des Innern und des Finanzministers auch eine Erhöhung der Betriebssteuer nicht zu umgehen. Nach § 58 des Kommunalabgabengesetzes soll die Betriebssteuer in der Regel zu den gleichen Hundertsätzen herangezogen werden, wie die Gewerbesteuer. Nach den gemachten Vorschlägen sollen die Gewerbesteuer mit 5000 Proz. und die Grund- und Gebäudesteuer mit 3070 Proz. des staatlichen Veranlagungssolls belastet werden, sodaß eine Erhöhung der Betriebssteuer auf 3000 Proz. noch erheblich unter diesem Belastungsverhältnis bleibt. Aus dieser Erhöhung ergibt sich eine Mehreinnahme von 165 000 Mk.

IV. Gebühren und Beiträge.

Es sollen erhöht werden:

Gebühren der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke bezw. der Reingewinn aus diesen Werken. In Anbetracht des laufenden großen Geldbedarfes der Stadt und unter Berücksichtigung der dann immer noch verhältnismäßig geringen Gebührensätze dieser Art in der Stadt Bochum, muß eine wesentliche Steigerung des Reingewinns durch Erhöhung der Gebühren angestrebt werden.

Nach den Mitteilungen der Direktion der Beleuchtungs- und Wasserwerke ist dies bezüglich des Gaswerks möglich. Durch die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Aenderungen, auf Grund deren bei erneuter Prüfung des Voranschlags für das Gaswerk für 1922 verschiedene Einnahmeposten erhöht werden konnten, sowie infolge Erledigung des Schiedsgerichtsverfahrens über die Festsetzung des Gasbezugspreises wird beim Gaswerk ein Mehrüberschuß von etwa 1 Million Mark erzielt werden. Ferner wird durch Erhöhung des Gasgrundpreises um 40 Pfg. je Kubikmeter (14 000 000 Kubikmeter je 40 Pfg.) ein weiterer Ueberschuß zu erzielen sein von 5 600 000 Mk. Hieraus ergibt sich ein Mehrüberschuß zugunsten der allgemeinen Verwaltung gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans von 6 600 000 Mk.

Von einer Erhöhung des Strompreises glaubt die Direktion der Beleuchtungs- und Wasserwerke absehen zu sollen, da z. Zt. schon die hiesigen Preise denen in anderen Großstädten nicht nachstehen dürften.

Die Wasserpreise müssen durch die Mehraufwendungen für die Neuanlage ohnehin nicht unerheblich erhöht werden.

Schulgelder für die städtischen höheren Lehranstalten. Durch Stadtverordnetenbeschluß vom 31. März 1922 sind die in dem Haushaltsplan für 1922 eingestellten Schulgeldsätze erhöht. Daraus ergibt sich eine Mehreinnahme von 1 375 000 Mk.

Schulbeiträge und Schulgeld für die Berufsschulen. Die „Berufsschulbeiträge müssen entsprechend den gestiegenen Ausgaben erhöht werden.

V. Neue Einnahmen.

Staatszuschuß für die höheren Lehranstalten. Es wird ein zahlenmäßig wesentlich höherer Zuschuß beantragt werden müssen, sodaß schätzungsweise mit einer Mehreinnahme von 1 Million Mk. gerechnet werden dürfte.

Staatszuschuß für die Berufsschulen. Angestrebt wird, daß die Zuschüsse jetzt der Geldentwertung entsprechend erhöht werden, mit welchem Erfolg, steht freilich dahin. Es würde gegenüber dem Ansatz für das Rechnungsjahr 1922 von 92 700 Mk. mit einem Mehr von rund 30 000 Mk. zu rechnen sein.

Beiträge der Nachbargemeinden zu den Kosten der höheren Lehranstalten. Nach der Aufstellung des Haushaltsplanes sind von den 3650 Schülern aller städt. höheren Lehranstalten 576 aus anderen Gemeinden. Es kommen 64 Gemeinden in Frage. An diese Gemeinden ist von der Schulverwaltung herangetreten, um den Teil des städt. Zuschusses, der nicht durch Schulgelder und Staatszuschuß gedeckt ist, von den betreffenden Gemeinden als besonderen Zuschuß zu erhalten. Unter der Annahme, daß die Verhandlungen mit den Nachbargemeinden zu dem gewünschten Ziel führen und die von Bochum gemachten Aufwendungen ersetzt werden, werden 1 500 000 Mk. als neue Einnahme vorgesehen.

Verwaltungsgebühren. Während bisher Verwaltungsgebühren in der Hauptsache nur für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neu- und Umbauten, sowie für die Beaufsichtigung von Messen und Märkten erhoben werden konnten, gestattet der durch die Novelle vom 26. August 1921 abgeänderte § 6 des Kommunalabgabengesetzes die Erhebung von Verwaltungsgebühren für alle Handlungen der Gemeindeorgane, die im wesentlichen Interesse einzelner erfolgen. Gebührenfrei sind Handlungen, bei denen ein öffentliches Interesse vorliegt und der mündliche Verkehr. Der heutigen Geldentwertung entsprechend sollen Beträge unter 5 Mk. überhaupt nicht erhoben werden, weil die damit verbundene Arbeit größer sein würde, als der geldliche Erfolg. Durch Ministerialerlaß vom 1. April 1922 ist ferner bestimmt, daß für die auf Kosten von Privaten angefertigten Schreibarbeiten fortan 4 Mk. für die Seite zu erheben sind. Die jährliche Einnahme, die durch die Erhebung der Gebühren erzielt werden kann, wird auf etwa 500 000 Mk. angenommen.

Nach der Novelle zum Landessteuergesetz geplante neue Einnahmequellen sollen auch für die Gemeinden weitere Einnahmequellen geschaffen werden.

1. Gemäß § 11a müssen die Länder eine Fahrzeugsteuer, mit Ausnahme der Kraftfahrzeuge, für Zwecke der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung erheben. Wenn diese Steuereinnahmen auch zunächst den Ländern zufließen, so darf doch erwartet werden, daß den Gemeinden ein erheblicher Anteil an diesem Aufkommen überlassen werden wird, da ja ihnen in der Hauptsache die öffentlich-rechtliche Wegeunterhaltung obliegt. — Diese Einnahmen würden zur Entlastung des städtischen Straßenbauhaushalts mit herangezogen werden können.

2. § 13b der Novelle soll den Gemeinden die Erhebung einer Getränkesteuer gestatten. Auch hier ist eine Einnahmeschätzung kaum möglich.

3. Nachdem bei der Beschlußfassung über die Novelle zum Umsatzsteuergesetz die erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgaststätten überhaupt abgelehnt worden ist, ist auch die Beteiligung sowie das Zuschlagsrecht der Gemeinden hinfällig geworden.

*

Aus vorstehenden Ausführungen ergeben sich Mehreinnahmen von zusammen Mark 38 450 000.

Diese Mehreinnahmen würden zusammen einen Betrag von rd. 38,5 Millionen Mk. ergeben. Von dem zu deckenden Fehlbetrag von insgesamt 63,3 Millionen Mk. bleibt mithin ein Betrag von 24,8 Millionen Mk. übrig. Zur Deckung dieses Betrages müßten die etwa sich ergebenden Mehreinnahmen aus der Reichseinkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer, sowie die Einnahmen, die nach der Novelle zum Landessteuergesetz den Gemeinden erschlossen werden sollen, herangezogen werden. Wie aus den vorangegangenen Ausführungen hervorgeht, können hierüber irgendwelche Schätzungen nicht gegeben werden. Dies wird sich erst ermöglichen lassen, wenn die Novelle zum Landessteuergesetz von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet ist und wenn die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer für das Rechnungsjahr 1921 abgeschlossen sein wird.

Die stattgefundenen Besprechungen unter den Finanzdezernenten der größeren westdeutschen Städte haben gezeigt, daß die Lage in allen Städten die gleiche ist. Es ist daher in Aussicht genommen, auf Grund der diesjährigen Haushaltspläne bei den zuständigen Stellen in Berlin erneut darzulegen, daß die Fortführung der Gemeindeverwaltungen auf Grund der zur Zeit zur Verfügung stehenden Einnahmequellen nicht möglich ist. Unter diesen Umständen wird auch für Bochum eine vorläufige Regelung dahin erfolgen müssen, daß der noch bestehende Fehlbetrag von 24,8 Millionen Mark vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung im Laufe des Rechnungsjahres und nach Vorliegen der Veranlagungsergebnisse der städtischen Steuern und der Reichssteuern unter der bei J d Ein. VII 2 eingesetzten Bezeichnung in den Haushaltsplan eingestellt wird.

Der Magistrat beantragt daher, die Stadtverordnetenversammlung wolle zustimmen

1. den Ordnungen, a) zur Erhebung einer Gewerbesteuer, b) zur Aenderung der Schankerlaubnissteuerordnung, c) zur Aenderung der Ordnung über die Berufsschulbeiträge, d) zur Erhebung von Verwaltungsgebühren,

2. entsprechende Abänderungen in dem der Stadtverordnetenversammlung vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für 1922,

3. der Erhebung der direkten Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1922, wie folgt

   a) Grundsteuer 3 Proz. des auf 480 Millionen Mk. ermittelten gemeinen Wertes der Grundstücke in der Stadt Bochum nach der besonderen Steuerordnung — das sind 3070 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer = 14 400 000 Mk.

   b) Gewerbesteuer mit 300 Proz. der nach § 10 der besonderen Steuerordnung sich ergebenden Verhältniszahlen — das sind 5000 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer = 55 000 000 Mk.

   c) Betriebssteuer 3000 Proz. der staatlich veranlagten Betriebssteuer von 16 500 Mk. = 495 000 Mk.

   — mithin 4160 Proz. durchschnittliche Belastung der Realsteuern. —

4. daß für die erste Stufe der Gewerbesteuer (bis 15 000 Mk. Ertrag) die Gewerbesteuer erlassen und in der zweiten Stufe (15 000—20 000 Mk. Ertrag) nur die Hälfte der Steuer erhoben wird.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 18. Mai.

Musikeropfertag.

Während die Anforderungen, welche von seiten der Schaffenden an die künstlerische Leistungsfähigkeit der ausübenden Musiker gestellt werden, sich fortwährend steigern, ist die Musikerausbildung sowohl der Zahl wie der Qualität nach im Laufe der Jahre z. T. unter dem Einflusse der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse immer mehr zurückgegangen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist eine dringende Notwendigkeit, soll die ernste Musikpflege nicht schweren Schaden nehmen. Der Deutsche Musiker-Verband geht deshalb — im vollen Einvernehmen mit den zuständigen Behörden — an die Umgestaltung seines Nachwuchswesens, welche durch Gründung von Orchesterschulen in Anlehnung an bestehende Musikunterrichtsanstalten sowie durch Umbildung des Musiklehrwesens bei den Stadtkapellen zu einem schulmäßigen Unterrichtsbetrieb bewirkt werden soll. Derartige Anstalten sind naturgemäß ohne Beihilfen nicht lebensfähig, sondern bedürfen beträchtlicher Zuschüsse. Bei der gegenwärtigen Lage sind solche indessen aus öffentlichen Mitteln nicht verfügbar; der Deutsche Musiker-Verband muß daher an die Opferwilligkeit der deutschen Musikerschaft appellieren, die ihr Können in den Dienst der Sache stellen wird. Es sollen in allen deutschen Städten Musikeropfertage abgehalten werden, einem besonderen Fonds zufließen, aus welchem die Mittel für die Erhaltung der gedachten Anstalten sowie zur Gewährung von Ausbildungsbeihilfen für begabte unbemittelte junge Musiker entnommen werden sollen. Der Verband rechnet angesichts der kulturellen Bedeutung seines Unternehmens auf starkes Interesse und warme Unterstützung seitens der Oeffentlichkeit. In Bochum ist der Musikeropfertag, am Donnerstag, (Christi Himmelfahrt), den 25. Mai, vorm. 11 Uhr, im städtischen Schützenhof unter Mitwirkung des städtischen Orchesters und der übrigen Musiker Bochums. An Solisten wirken mit: Konzertmeister Hans Trerchler, Fritz Geistfeld, Claus Voß, Fritz Panke, Peter Schmidt, Ernst Becker. Leitung: Kapellmeister Rudolf Schulz-Dornburg.

+o **Gerichtspersonalien.** Landrichter Aug. Kayser ist zum Landgerichtsrat in Bochum ernannt. In die Liste der Rechtsanwälte ist eingetragen der Gerichtsassessor Dahm bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bochum. Zu Gerichtsassessoren

sind ernannt: die Referendare Josef Dinslage, Hans Vogel und Anton Schlephorst im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

D Sonderzüge nach dem Sauerland. Die städt. Verkehrsabteilung schreibt uns: Um einen Ueberblick über die Summe der Benutzung dieser Sonderzüge zu erhalten, empfehlen wir den interessierten Wandervereinen und dergl., die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer dem Verkehrsverein Bochum (Wartehalle auf dem Bahnhofsvorplatz) umgehend mitzuteilen. Der Verkehrsverein Bochum wird den Verkauf der Fahrkarten übernehmen. Die Züge sollen vorläufig 14tägig verkehren und zwar Samstags und am nächsten Sonntag. Die Fahrkarten müssen dann jeweilig bis zum Donnerstag abend bestellt und abgeholt sein.

w Steuern zahlen! Durch Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe werden die am 1. Mai 1922 fällig gewordenen und rückständig gebliebenen Reichsnotopferbeträge, die Reichseinkommensteuerrückstände aus 1920, die rückständigen Beiträge zu den städtischen Berufsschulen und das letzte Drittel der Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1921 angemahnt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der durch Beschluß der städtischen Körperschaften erlassene Grundsteuerbetrag in Höhe von einem Drittel des Satzes für 1921 von der für das Rechnungsjahr 1922 zu zahlenden Grundsteuer gekürzt wird. Das bis zum 15. Mai 1922 gestundete und nicht gezahlte letzte Drittel für 1921 muß auf Grund der Bekanntmachung des Magistrats vom 15. März 1922 gezahlt werden.

* Uebergangsmaßnahmen bei der abgeänderten Umsatzsteuer. Der Einzelhandelsverband von Rheinland und Westfalen teilt uns folgendes mit: Nach § 209a der abgeänderten Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz soll der Abnehmer mangels abweichender Vereinbarung verpflichtet sein, wenn für die Lieferungen aus Verträgen, die vor dem Tage der Verkündung des Gesetzes, d. h. vor dem 1. April 1922 mit festem Preis abgeschlossen wurden, Entgelte nach dem 1. Januar 1922 zu entrichten sind, dem Lieferanten einen Zuschlag in Höhe von ½ Prozent des Kaufpreises zu leisten. Diese Bestimmung geht, wie das Reichsfinanzministerium in einem Erlaß an die Landesfinanzämter zugeben muß, in rechtlichem Widerspruch zur Umsatzsteuernovelle und kann als rechtsgültig nicht angesehen werden. Eine Verpflichtung des Einzelhändlers als Abnehmer seinen Vorlieferanten auf Ersuchen die Nachvergütung von ½ Prozent gemäß obiger Bestimmung zu gewähren, besteht demnach nicht. Er kann solche Forderungen ruhig ablehnen und es gegebenenfalls auf einen Rechtsstreit ankommen lassen.

Ü Deutsche Volkspartei. Die am 11. d. Mts. stattgefundene Generalversammlung der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei des 1. Stadtbezirks erfreute sich eines guten Besuches. Die vorgenommenen Neuwahlen zum Vorstande hatten folgendes Ergebnis: 1. Schriftführer Herr Wandelt, 1. Kassiererin Frl. Pletsch und 2. Kassierer Herr Lowrenz. Es wurde durch Spenden an das neuzuerrichtende Jugendheim Westfalen-Süd gedacht. Herr Uslitsch gab in seinem Vortrage ein rechtes Stimmungsbild über die Reichsjugendführertagung in Sebnitz. Reicher Beifall war der Dank für seine Ausführungen. Ein unterhaltender Teil war der Schluß des Abends.

Ü Frauentagung der Deutschen Volkspartei. Die am 20. und 21. d. M. in Dortmund, Gewerbeverein, Kuhstraße, stattfindende Frauentagung verspricht, bei voraussichtlich starker Beteiligung einen eindrucksvollen Verlauf zu nehmen. An beiden Dortmunder Bahnhöfen werden besondere kenntliche volksparteiliche Jugendbündlerinnen als Führerinnen zum Versammlungslokal und Quartierbüro zur Verfügung der Ankommenden sein. Der Preis des gemeinsamen Mittagessens beträgt: Mk. 24.—. Die Teilnehmerinnen aus den Jugendgruppen werden in den Quartieren älteren Frauen zugeteilt und unter deren Schutz gestellt. Sonnabend, 20. Mai, werden die Parlamentarierinnen der Partei die Führerinnen der wirtschaftlichen Frauenorganisationen empfangen, um deren Wünsche, Anregungen und Beschwerden entgegenzunehmen. Anmeldungen hierzu müssen umgehend an die Frauenabteilung des Generalsekretariats Dortmund, Brüderweg 10 erfolgen. Von den Jugendgruppen wird erwartet, daß sie mindestens ein weibliches Mitglied zu der Tagung entsenden.

tbo. Haus- und Grundbesitzertag. Der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine Westfalen-Nord hält seinen diesjährigen Verbandstag am 21. d. Mts. in Herford ab. Landtagsabgeordneter Direktor Beythien wird über Nöte der städtischen Hausbesitzer sprechen.

w Heimkehr der Kinder. Das städtische Jugendamt teilt mit, daß die zurzeit im Kindererholungsheim Warstein untergebrachten Kinder am Freitag, den 19. 5. 1922 mit dem Zuge 6,48 Uhr abends, die zurzeit im Kindererholungsheim Werntgerode untergebrachten Kinder am Freitag, den 19. 5. 1922 mit dem Zuge 8,01 Uhr abends und die zurzeit im städtischen Kindererholungsheim Westerbede untergebrachten Kinder am Sonnabend, den 20. Mai 1922 mit dem Zuge 9,48 Uhr vorm. auf dem hiesigen Hauptbahnhof eintreffen.

□ Konzert zum Besten der Maria-Seebach-Stiftung. Der Bochumer Lokalverband der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen hatte angeregt, Montag, 29. Mai, ein Konzert zum Besten der Maria-Seebach-Stiftung für ein Altersheim für bedürftige Bühnenangehörige zu veranstalten. Derartige Konzerte sind in den großen Kunstzentralen von München, Leipzig, Dresden und Berlin von allen Gesellschafts- und Künstlerkreisen gern aufgenommen worden. Der Gedanke, den begabten Menschen, die ihre Mitmenschen durch Vermittlung der gewaltigen Kunstschöpfungen des deutschen Volkes so viel Freude bringen, ihnen helfen, die Traurigkeit des Alltags auf Stunden abzuschütteln, ein sorgenfreies Alter zu schaffen, fand in den weitesten Kreisen stärksten Widerhall. Dem Ruf der Stadt Bochum als künstlerische Zentrale des Industriegebiets Rechnung tragend, wandte sich der hiesige Lokalverband an Professor Adolf Busch, der auch bereitwilligst zusagte, in Gemeinschaft mit seinem Bruder, des Solocellisten unseres Orchesters, Hermann Busch, und mit Rudi Serkin, seinem ständigen Begleiter. Die Künstler stellen sich vollständig in den Dienst der guten Sache und verzichten auf jedes Honorar. So wird dieses Wohltätigkeitskonzert, welches im Stadttheater stattfinden wird, für Bochum ein künstlerisches und gesellschaftliches Ereignis werden, wie es selbst in den größten Städten nicht alltäglich ist. Der Vorverkauf beginnt Freitag, 19., an der Kasse des Stadttheaters.

* Stadttheater. Zur heutigen Aufführung des „Lobetanz": Die Theaterleitung glaubte mit der Aufführung dieses Werkes dem Publikum eine Darbietung zu geben, die nach den bisherigen und früheren Erfahrungen einer besonders lebhaften Anteilnahme sicher ist, und hat im Verein mit dem Künstlerpersonal zu diesem Zweck dem Werk eine besonders sorgfältige Vorbereitung angedeihen lassen. Der Besuch der heutigen Vorstellung sei bestens empfohlen.

dra. Neue Frachtbriefe. Ein neues Frachtbriefmuster wird voraussichtlich am 1. Juli eingeführt. Es bringt wesentliche Aenderungen. Nach einem Bescheide des Reichsverkehrsministers an eine Handelskammer kann deshalb die Frist für die Verwendung der jetzt gültigen Frachtbriefe nicht über den 30. Juni hinaus erstreckt werden. Es wird aber noch geprüft, ob und unter welchen Bedingungen die jetzigen Frachtbriefe noch über den 30. Juni hinaus zugelassen werden können. Unter Umständen dürfen sie handschriftlich verbessert oder übergedruckt werden. Auf alle Fälle soll der Aufbrauch der vorhandenen Frachtbriefe nach Möglichkeit erleichtert werden.

× Die weiße Seuche. Montag, Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche läßt das Stadtgesundheitsamt in der Bilderschau im Ev. Vereinshaus an der Mühlenstraße einen Volksbelehrungsfilm zur Bekämpfung der Tuberkulose aufführen. Der Film ist von den beiden Aerzten Dr. med. Domalla und Dr. med. Kauffmann in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin bearbeitet. Während der Aufführungen des Films werden Aerzte belehrende Vorträge über diese Volksseuche halten. Die Aufführungen an den Vor- und Nachmittagen sind für die oberen Klassen der Schulen und am Abend um 8 Uhr für das Publikum gedacht.

⊙ Der gestrige Wochenmarkt auf dem Wilhelmsplatz war recht gut besucht. Die Kauflust war allerdings keine rege zu nennen; die Hausfrauen kaufen eben nur das Notwendigste ein. Die Preise halten sich durchschnittlich in ihrer alten Höhe. Butter war zu 62, Margarine zu 29—32, Rind- und Hammelfleisch zu 32, Kopfsalat zu 15, Sparzel zu 18—20, Rhabarber zu 2,50, Zwiebeln zu 15, Spinat zu 12, Melde 8—14 Mk. zu kaufen. Radieschen wurden zu 2,50 Mk. das Bündchen, Tomaten zu 15 Mk. das Viertelpfund abgegeben. Ein Hering kostete 2,50—3 Mk. Eier wurden für 3,80 und 4 Mk. verkauft. An einer Stelle verkaufte die Marktpolizei die Eier von Selbsterzeugern aus Wiemelhausen selbst zum Preise von 3,80 Mk. Der Pflanzen- und Samenverkauf war ein sehr reger. Blumen sind heute fast unerschwinglich im Preise. Allen Marktbesucherinnen kann nicht warm genug die Mahnung ans Herz gelegt werden: „Achtet auf die Geldbörsen." Die Taschendiebe halten an den Markttagen immer reiche Ernte. Auch beim Bezahlen entstehen leicht Streitigkeiten zwischen Käufer und Verkäufer über den in Zahlung gegebenen Geldschein, man achte daher darauf, was man aus der Hand gibt, am besten ist es, gleichzeitig den Schein in der Höhe des Wertes zu benennen und damit möglichen Irrtümern zuvorzukommen.

Warnung.

Das städtische Jugendamt schreibt uns: Der Minister für Volkswohlfahrt weist darauf hin, daß in letzter Zeit wiederholt Fälle zur Kenntnis gekommen sind, in denen Privatpersonen entweder selbst oder durch angenommene Werber Einzelpflegestellen auf dem Lande suchen. Wie wir erfahren, lassen diese sogenannten Vermittler sich meist von den ländlichen Besitzern eine schriftliche Bescheinigung geben, in der sie sich verpflichten, die Kinder kostenlos bei sich aufzunehmen und alle Elternpflichten während dieser Zeit zu übernehmen, ohne besonders hervorzuheben, daß die Uebernahme der Elternpflichten auch die Tragung sämtlicher Unkosten in Krankheits- und ähnlichen Fällen bedeutet. In einem Falle ist festgestellt, daß die Vermittler den angenommenen Werbern 50 Mk. für jede ihnen nachgewiesene Stelle geben, während sie sich selbst von den Eltern, je nach ihrer wirtschaftlichen Lage, die Summe von mindestens 150 Mk., meist jedoch mehr, zahlen lassen. Da solche gewerbsmäßige Stellenvermittelung ganz und gar den Grundsätzen unserer Organisation widerspricht, warnen wir hiermit dringlichst vor solchen Persönlichkeiten.

In allen Zweifelfällen bitten wir daher die Bevölkerung, sich an das städtische Jugendamt, Abteilung Landaufenthalt, Trankgasse 7, Eingang G, 1. Obergeschoß, Zimmer 126, zu wenden, woselbst dem Interessenten gern unentgeltlich Auskunft erteilt wird. Sollten Fälle vorerwähnter Art bekannt werden, so bitten wir die Bevölkerung dringend, uns dieses umgehend mitzuteilen, um den Vermittlern solcher Stellen wirksam entgegentreten zu können.

Eingesandt.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel trägt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.)

Kaisers „Gas" und der Expressionismus.

Von einem Theaterbesucher wird uns zu der Aufführung von Kaisers „Gas" geschrieben:

Wenn der Vorhang sich nach dem letzten Akte senkt, klatschen die Hände Beifall den Künstlern, die bemüht gewesen, uns dieses Werk nahe zu bringen. Doch gilt dies auch dem Dichter, seinem Schauspiel, dem Grundgedanken dieses und der Art, wie Kaiser zu uns spricht? —

Wir sehen einen Menschen, von tiefstem reinstem Wollen beseelt, seine Zeitgenossen seelisch und körperlich emporzuführen. Aus Lohnsklaven macht er sie zu Mitbeteiligten an seiner Fabrik; aus nur des Geselderwerbes wegen arbeitenden an dem Werk als solchem seelisch unbeteiligten Tagelöhnern will er freie, stolze, jeden Erfolg und auch Fehlschlag mitfühlende Mitarbeiter schaffen. — Wie aber ist sein Erfolg? — Als eines Tages die Fabrik explodiert, denkt keiner daran, die Gründe hierzu zu erforschen, — die Menge bricht innerlich zusammen, unsachlich und urteilslos wie seit Jahrtausenden tobt sie hin- und herquerulieren von allen möglichen Zufälligkeiten und folgt sich letztlich dem leitenden Ingenieur, gegen den sich erst ihr ganzer Zorn richtete, der aber dann redlich sich überzeugend sie mit sich zu reißen versteht. — Der Fabrikherr aber steht am Grabe seines Lebenswerkes, all das, was er seinen Mitmenschen an Gutem und Schönem geben gewollt, ist bei Seite gestoßen. —

So sehen wir hier also das tiefste Problem des menschlichen Lebens vor uns aufgerollt: der Kampf des Menschen mit sich selbst, seinen Mitmenschen und der Natur- und seine Kraft hierin. — Wie aber ist das Ende? — Menschlich unerklärliche Naturgewalten zerstören sein Werk, die Mitwelt wendet sich brüsk von ihm, und er selbst verliert den Glauben an sich, sucht haltlos eine Stütze bei seiner Tochter, die ihm diese nicht bieten kann, denn ihre Worte sind kindisch — mitfühlendes Stammeln, das keinen Trost, viel weniger neue Hoffnung ihm zu geben vermag. —

Der Zuschauer verläßt das Haus, — müde und hoffnungslos. — Was er im Leben so oft zu erleben glaubt, — nur das sah er auch hier: Das große und gute Wollen geht unter Dummheit aber und Zufall sind die Sieger. — Doch das ist nicht der höhere Zweck des Theaters, wie es nicht das wahre Leben ist. — Jedes Tun und Handeln findet seine ausgleichende Gerechtigkeit. Wird dies dem einzelnen oft auch nicht gleich klar, wenn er im Leben Anfang und Ende nicht überschauen kann, — ein abgeschlossenes Theaterstück muß sie enthalten, wenn in ihm ein Menschheitsproblem behandelt wird. Sonst bleibt es unvollständig und entläßt den Beschauer unbefriedigt wie hier.

Geben wir nun von dem Grundgedanken zu der Art seiner Durchführung, so bleibt auch da das Gefühl der Kälte bestehen. Einer kalten Pracht steht man gegenüber, der wärmende und versöhnende Schönheit fehlt. Jede Figur ein Meisterstück an Charaktermalerei: Die Arbeiter erdenbeschwerte, müde Gestalten, wie sie Rodin nicht besser gesehen, die Angestellten, die zerknitterten ängstlichen Bürokraten, jede einzelne Frau, ob Mutter, Gattin oder Schwester glänzend in ihrem weiblichen Fühlen und Denken gezeichnet. Menschen, wie wir sie täglich im Leben sehen und wie die Menschen doch nicht sind. Wie ein Zimmer, angefüllt mit den Möbeln der verschiedensten Jahrzehnten und Geschmacksrichtungen erscheint das Ganze. Sind die Menschen auch aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und hat jeder einzelne auch einen anderen Entwicklungsweg hinter sich, — eins hebt ihnen doch allen gemein: der Begriff: Mensch, die menschliche Seele. Dies allverbindende fehlt aber den Kaiserschen Gestalten. Nicht Menschen, — erdachte, in Menschenform gepreßte, abstrakte Charaktereigenschaften sind hier einander gegenübergestellt. Als solche müssen sie aneinander vorbei reden und handeln. Damit schafft aber der Expressionismus ein wohl im einzelnen glänzendes, als ganzes aber zerflatterndes, unwirkliches Etwas, das niemals den Zuschauer befriedigen kann.

Mag Aufbau, Dialog und Charakterzeichnung noch so glänzend sein, — sie sind, ich möchte beinahe sagen, nur Hilfsmittel den wahren Künstler, — klares, waches Denken aber, Erfassen eines Problems in seiner ganzen, letzten Tiefe und jene große, herrliche Schönheitssehnen der menschlichen Seele müssen ihm in erster Linie eigen sein. Und mag dann weiter jede Neuheit, wie es das expressionistische Schauspiel noch ist, auch fast immer zuerst ihre Gegner haben, hier kann ich bei aller Würdigung nur mit Goethe sagen:

Du bist am Ende — was du bist.
Setz' dir Perücken auf von Millionen Locken,
Setz' deinen Fuß auf ellenhohe Socken,
Du bleibst doch immer — was du bist.

F. Schulz.

Handel / Industrie / Verkehr

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Die Absage Amerikas an die Haager Konferenz führte auf dem Devisenmarkt teilweise zu Rück- und Meinungskäufen, so daß die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel wieder eine steigende Richtung einschlugen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ließ das Geschäft ziemlich nach; die Kurse konnten sich trotzdem gut behaupten, da die Markmeldungen aus dem Auslande etwas schwächer lauteten. Gegen 6 Uhr wurden benannt: **Holland 11 200—11 300, Belgien 2390—2410, Frankreich 2620—2640, England 1285—1295, Newyork 289—291, Schweiz 5550 ca.**

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		16. Mai Geld	16. Mai Brief	17. Mai Geld	17. Mai Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	10936.3	10963.7	11235.9	11264.1	12837.1
Belgien	100 Fr	2362.—	2368.—	2401.95	2408.05	2837.15
Norwegen	100 Kr.	5258.40	5271.60	5368.25	5381.75	6018.95
Dänemark	100 Kr.	6007.45	6022.55	6167.25	6182.75	7167.85
Schweden	100 Kr.	7240.90	7259.10	7405.70	7425.30	9831.10
Italien	100 Lir	1498.10	1501.90	1523.65	1526.95	1720.75
England	1 St.	1257.40	1260.60	1287.35	1290.65	1483.50
Amerika	1 D.	282.14	282.86	288.88	289.62	338.67
Frankreich	100 Fr.	2595.75	2603.25	2636.70	2643.30	3041.95
Schweiz	100 Fr.	5418.20	5431.80	5548.05	5561.95	6578.06
Spanien	100 Pes.	4434.45	4445.55	4539.30	4550.70	5254.50
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	2.93	2.97	2.93	2.97	—.—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	540.80	543.20	552.80	553.20	613.35
Ungarn	100 Kr.	36.75	36.85	36.75	36.85	—.—

Berliner Börsenkurse.

vom 17. Mai 1922.

	16. 5.	17. 5.		16. 5	17. 5.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1360.	1351.
Barmer Banky	257.50	257.—	Elberf. Farben	709.—	697.—
Com. u. Privatb.	301.—	301.—	Eschw. Berg	925.—	910.—
Darmst. Bank	299.—	298.—	Essener Steink.	1200.	1180.
Deutsche Bank	601.—	653.—	Flensb. Schiffsb	875.—	876.—
Disconto-Ges.	436.—	453.—	Gasmot. Deutz	720.—	694.—
Dresdner Bank	322.—	—.—	Gels. Bergw.	1005.	1014.
Ess. Cred. Anst.	290.—	296.—	Gels. Gußstahl	880.—	860.—
Reichsbank	210.25	210.—	Glas Schalke	3800.	3700.
Brauereiaktien			Goldschmidt	824.—	800.—
Boch. Viktoria	580.—	580.—	Harp. Bergw.	1800.	1850.
Dortm. Aktien	750.—	770.—	Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Union	920.—	920.—	Heckmann C.	2990.	2950.
MüserLangend	1450.	—.—	Hirsch Kupfer	656.—	640.—
Schleg. Scharp.	—.—	—.—	Hohenlohe	805.—	805.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	650.—	600.—
Hamb. Am. Pak.	406.50	402.—	Höchst Farben	695.—	687.—
Nordd. Lloyd	318.75	322.—	Hösch Stahlw.	1122.	1176.
Industrieaktien			Humb. Masch.	614.50	605.—
Adlerwerke	509.—	504.—	Ilse Bergbau	1365.	1360.
Akkumul. Hag.	980.—	955.—	Kali Aschersl.	990.—	998.—
Allg. Elekt. Ges.	664.50	—.—	Köln Neuessen	1150.	1169.
Anglo Guano	1775.	1875.	Königsborn	1900.	1825.
Annener Guss	2010.	1998.	Küppersbusch	1310.	1280.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer & Co.	420.—	410.—
Bad. Anilin	751.—	750.—	Laurahütte	1870.	1950.
Balcke Masch.	1575.	1550.	Magd. Bergw.	1524.	1500.
Baroper Walz.	1075.	1075.	Mannesmann	1250.	1225.
Bergm. Elektr.	678.—	660.—	Mark Zement	—.—	1700.
Bismarckhütte	—.—	—.—	Masch. A.-Nb	1240.	—.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1190.	1160.
Boch. Gußstahl	1109.	1080.	Mülh. Bergw.	1600.	1528.
Braunk. u. Brik.	920.—	982.—	Nation. Autom.	490.—	480.—
Buderus Eisen	800.—	780.—	Oberschl. Bed.	839.50	830.50
Busch Lüdensch	1040.	1100.	Orenst. Koppel	1030.	1065.
Caro	671.—	660.—	Phönix Bergw.	1110.	1155.
Chem. Griesh.	768.—	765.—	Reisholz Papier	558.75	558.75
Chem. Weiler	641.—	645.—	Rh. Braunkohle	1260.	1260.
Chem. Ind Gels.	2600.	2600.	Rh. Stahlwerke	—.—	1070.
Concordia Berg	—.—	2000.	Riebeck Mont.	1801.	1695.
Cons. Schalke	2200.	2275.	Romb. Hütte	580.—	565.—
Daimler Mot.	453.—	443.—	Rütgerswerke	845.—	834.—
D.-Lux. Bergw	962.—	966.—	Sarottis Schok	1150.	1100.
Deutsche Erdöl	2000.	—.—	Siemens Halske	946.—	955.—
Deutsche Kali	1710.	1710.	Schuckert Co.	610.—	605.—
Deutsch. Masch	990.—	960.—	Schweim. Eisen	2800.	2775.
D. Schachtbau	2175.	2060.	Thale Eisen	4675.	4750.
Deutsch. Waff.	—.—	1405.	Westfalia Eis.	1755.	1440.
Dittmann Neuh.	5350.	5300.	Westf. Drahtw	549.—	550.—
Dürkopp	680.—	670.—	Eis. u. Draht	560.—	559.—
Dynamit Nobel	679.—	670.—	Wicking Zem	1050.	1050.
			Witt. Gusstahl	—.—	—.—
			Zellst. Waldhof	830.—	792.—

Berliner Wertpapierbörse vom 17. Mai. An der Börse hat sich in der lustlosen, abwartenden Haltung, die seit Wochenanfang wieder Platz gegriffen hat, nichts verändert. Zu ersten Kursen lag zumeist Angebot vor, so daß sich diese, obwohl auch vereinzelt, namentlich am Montanmarkt für oberschlesische Werte Erhöhungeen bis zu 30 Prozent zu verzeichnen waren, doch durchschnittlich 20—30 Prozent niedriger stellten. Als später die Devisenpreise Neigung zur Versteifung zeigten, wobei aber die Geschäftstätigkeit nach wie vor gering blieb, veranlaßte dies die Spekulation zu Rückkäufen, so daß ein Teil der anfänglichen Einbußen wieder hereingebracht wurde. Das Geschäft schleppte sich weiterhin träge hin. Umsätze von einigem Belang fanden nur in Anglo Guano, Laurahütte und einigen wenigen anderen Montanwerten bei mäßig erhöhten Kursen statt.

p. **Kölner Häute- und Fellbörse** vom 17. Mai. Die auf der letzten rheinischen Häuteauktion erzielten höheren Preise hatten starke Nachfrage zur Folge. Angeboten wurden: Großviehhäute 28 bis 42, Fresserfelle 38—45, Kalbfelle 40—55, Schaffelle 15—24, für 1 Pfund; Ziegenfelle 175—220, Roßhäute, bis 218 Zent. 425—500, über 220 Zent. 1000—1150, Hasenfelle 50—60, Kaninchenfelle 30 bis 50, alles für ein Stück.

p. **Kölner Lederbörse** vom 17. Mai. Die Nachfrage war lebhaft, besonders für Chromoberleder bestand Interesse. Es notierten: Eichenlohgegerbtes rheinisches Sohlenleder in Hälften 190—210, in Kernstücken 240—270, Sohlenleder in Hälften 160 bis 180, in Kernstücken 210—240, Riemenleder in Kernstücken, kurz geschnitten, 340—390, alles für 1 Kilogr.; Rindbox, schwarz 60—88, farbig 75 bis 85, Roßbox 70—80, farbig 90—100, alles für 1 Quadratfuß.

* **Neuerwerb des Bochumer Vereins.** Der Bochumer Verein hat die Zechengrube „Guter Trunk Marie" bei Roßbach auf dem Westerwald erworben. Die gewonnenen Tone und Quarze sollen künftig an Ort und Stelle sofort verarbeitet werden. Zu diesem Zweck wurden die Fabrikanlagen wesentlich erweitert. (Frankfurter Zeitung.)

* **Steinkohlenbergwerke Becker A.-G. in Bochum.** Die Gesellschaft gibt bekannt, daß der Bankdirektor Dr. Fritz Ehrensperger aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

* **Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G. in Werne.** In dem Prospekt über die Zulassung von 13,2 Mill. Mk. neue Aktien zur Notierung an der Berliner Börse wird erklärt, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre wie bisher als befriedigend bezeichnet werden kann. Es lägen für mehrere Monate Aufträge vor. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft ist weiter rege, so daß mit einem befriedigenden Ergebnis (i. V. 10 Prozent Dividende) zu rechnen sei.

* **Gewerkschaft Industrie in Herbede (Ruhr).** Die Gewerkenversammlung, in der 20 Gewerken 950 Kuxe vertraten, genehmigte die Ausschüttung einer Ausbeute von 150 (i. V. 70) Mark je Kux.

* **Deutsche Bergbau AG.** In der außerordentl. Hauptversammlung wurde der am 16. Mai mit der Deutschen Petroleum A.-G. abgeschlossene Vertrag betr. Ueberführung von Vermögenswerten genehmigt. Ferner wurde das Grundkapital auf 100 Mill. Mk. durch Ausgabe von 85 Mill. Mk. Namensstammaktien und 15 Mill. Mark Inhaberaktien genehmigt. Weiter wurden einige Satzungsänderungen angenommen, u. a. betr. die Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr und die Aenderung der Firma in Deutsche Petroleum A.-G., die von heute ab so lauten wird, wenn die Generalversammlungen der Deutschen Bank und der Deutschen Petroleum A.-G. die Transaktionen genehmigen werden.

* **Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. Halle.** Der Aufsichtsrat beantragt eine Erhöhung des Kapitals um 9 auf 15 Mill. Mk. durch Ausgabe von 3,6 Mill. Mk. Vorzugsaktien und 5,4 Mill. Mk. Stammaktien.

Amtlicher Wetterbericht.

Mitteldeutschland hatte bereits gestern Gewitter. Wenn sich auch der westliche Tiefdruck abschwächt, so bilden sich doch auch bei uns jetzt geringe Störungsgebiete.

Aussichten für Donnerstag und Freitag:

Wechselnd bewölkt, örtliche Gewitterbildung, sonst trocken, noch ziemlich warm.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Donnerstag, den 18. Mai 1922.

Jugendgruppe 1. Stadtbezirk, abends 8 Uhr bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Wiemelhausen, abends 8 Uhr, bei Philipp, Wasserstraße 55, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Hamme 3, abends 8 Uhr, bei Westermann, Haldenstraße 54, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Lehrer Karrelmeier.

Jugendgruppe 5. und 6. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, im „Bochumer Hof", Alleestr. 17, wöchentliche Zusammenkunft.

Freitag, den 19. Mai 1922.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr, bei Gilleballe, Hattingerstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Jöllenbeck, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 2.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 2,50 Mark.

Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Bochum. Die Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 18. Mai, abends 8½ Uhr, im Bismarckzimmer des Ev. Vereinshauses, Mühlenstr. 11, statt. Vortrag des Geschäftsführers über die politische Lage. Gäste sind willkommen.

Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Ortsgruppe Bochum. Donnerstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Jugendsaale der Bürgergesellschaft Mitgliederversammlung. Wahl des Gesamtvorstandes. Entrichtung der Beiträge ab ½7 Uhr. Mitgliederkarten unbedingt mitbringen. Allseitiges Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Die Deutsche Frau

Frauendienst am Volke.

Der politische, geistige, wirtschaftliche und sittliche Niedergang des deutschen Volkes, der immer deutlicher zutage tritt, je weiter wir in die neue Zeit hineinkommen, erfordert die Arbeit der besten Kräfte, um den völligen Verfall zu verhüten und allmählich wieder eine Erneuerung unseres Volkes anzubahnen. Zu diesen Kräften zählen auch in erster Linie die Frauen.

Ja, man mag zu der Frauenfrage stehen wie man will, das eine wird man nicht bestreiten können: daß die Frauen im Volksleben eine gewaltige Macht darstellen, eine Macht, die entweder zum Guten oder zum Schlechten in die Wagschale fällt.

Aber schon Goethe sagt: „Der Mann strebt nach Freiheit, die Frau nach Sitte." Und Goethe ist ein gründlicher Kenner der Frauenseele. Also dürfen wir wohl annehmen, daß die Frauen trotz aller Irrungen und Wirrungen, die auch ihnen nicht erspart geblieben sind, ihre Macht zum Guten fürs Volk einsetzen werden.

Frauendienst am Volke tut heute bitter not. Aus der Familie heraus müssen die Frauen alle edlen Triebe ihres Geschlechtes wieder wecken, neu beleben und stärken. Dies läßt sich auf mannigfache Weise tun. Durch Unterhaltung und Belehrung, durch Rat und Tat von Fall zu Fall und nicht zuletzt durch Ueberbrückung der sozialen Gegensätze.

Die sozialen Gegensätze sind heute größer und tiefer als sonst. Die Ueberschätzung des Geldes führt zur Geringschätzung aller derjenigen, die den Tanz ums goldene Kalb nicht mitmachen können. Dadurch wird aber eine Erbitterung erzeugt, die noch unheilbare Folgen haben kann. Es gilt daher, diese Erbitterung zu verhüten und überhaupt zu beseitigen.

Die Frauen sind am ersten dazu berufen, die soziale Versöhnung herbeizuführen. Verbindet doch die Frauen aller Gesellschaftsschichten ein gleiches Schicksal. Im Mutterberuf hat keine vor der anderen einen Vorzug; und bei der Kindererziehung muß die arme Frau sowohl wie die reiche mit notwendiger Bestimmtheit das sittliche Prinzip zur Geltung bringen.

Im sittlichen Prinzip wurzelt überhaupt der Frauendienst am Volke. In Frauenvereinen, Frauenhilfen und sonstigen Vereinigungen kann dieses Prinzip am besten zur Geltung kommen. Aber es muß unbedingt der soziale Gegensatz ausgeschaltet werden. H. B.

Das Arbeitsnachweisgesetz und die Frauen.

In dem heftigen Kampf der Parteien um die Monopolstellung des öffentlichen Arbeitsnachweises war durch die Vertagung des Reichstags eine Pause eingetreten. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß der Streit nur unterbrochen, aber noch nicht damit entschieden ist, daß der 6. Ausschuß des Reichstags die Alleinherrschaft des öffentlichen Nachweises abgelehnt hat. Die Sozialdemokratie versucht mit allen Mitteln, ihren Monopolwünschen Geltung zu verschaffen.

In der Theorie klingt es ja wundervoll, daß in jedem Ort nur eine einzige Vermittlungsstelle für jedes Fach vorhanden sein soll, die das ganze Gebiet ihres Aufgabenkreises beherrscht und übersieht und Angebot und Nachfrage in Uebereinstimmung bringt. Das Vorhandensein nur einer Stelle bietet Gewähr für eine lückenlose „Erfassung" aller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt — in der Theorie.

Will man den Gedanken in die Praxis umsetzen, dann beginnen schon die Schwierigkeiten, weil seine Verwirklichung einen unerhörten Zwang mit sich bringen würde. Jedes freie Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das Inseratenwesen, die persönliche Bewerbung, d. i. Umschau, die Empfehlung, sie sind unmöglich, wenn das Monopol, wie seine überzeugten Anhänger wollen, voll durchgeführt wird. Nun sind gewiß auch andere Formen der Stellensuche nicht ideal. Aber auch der öffentliche Nachweis ist von der Vollkommenheit recht weit entfernt. Allzuviel und allzuleicht wird auch vergessen, daß nicht die „Erfassung", die Statistik, erster Zweck der Arbeitsvermittlung ist, sondern daß sie immer nur ein Nebenprodukt sein kann und darf, daß die Hauptsache die Arbeitsvermittlung sein muß, deren Ziel ist, den rechten Menschen an den rechten Platz zu bringen.

Diesem Ziel kommt man aber nicht besonders nahe, wenn man große und bürokratische Einrichtungen schafft. Die gute Vermittlung ist in höchstem Maße abhängig von den menschlichen Eigenschaften des Vermittlers, von seiner Fach- und Sachkenntnis. Riesengebilde wie die öffentlichen Nachweise unserer Großstädte sind der Entwicklung solcher Persönlichkeiten aber nicht günstig. Je näher die Berührung des Vermittlers mit den Arbeitsuchenden ist, je besser seine Kenntnis der zu besetzenden Stellen, desto besser werden seine Erfolge sein. Am meisten sind sie aber abhängig von dem unbedingten Vertrauen in seine Unparteilichkeit. Der Reichstagsabgeordnete Most hat in seinen Ausführungen überzeugend dargelegt, daß dieses Vertrauen jetzt in weiten Kreisen nicht vorhanden ist. Er hat auch die Notwendigkeit betont, durch einen gesunden Wettbewerb den öffentlichen Nachweis vor Verknöcherung zu bewahren.

Die vielen Gründe, die ganz allgemein gegen ein Monopol des öffentl. Arbeitsnachweises sprechen, gelten in verstärktem Maße vom Frauenstandpunkt. Die Frauen haben den begreiflichen Wunsch, für sich besondere Abteilungen mit weiblicher Leitung zu haben. Die sollen sie auch bekommen. Mit der Leitung ist es aber eine eigene Sache. Die Gemeinden müssen sparen. Wo könnte man besser damit anfangen als bei den Ausgaben für die Frauen? So sehen wir schon jetzt, daß bestehende Abteilungen für Frauen bei einem Wechsel in der Leitung nicht wieder einer Frau anvertraut, sondern der allgemeinen männlichen Leitung unterstellt werden. Häufig wird nur eine weibliche Hilfskraft eingestellt, um die Form zu wahren. Damit wird aber gerade nicht der Zweck erreicht, nämlich eine wirkliche sachverständige Leitung. Und doch liegen die Dinge auf manchem Gebiet für die Frauen anders als für den Mann. Abgesehen davon, daß in Krisenzeiten immer bei der männlichen Leitung der Wunsch vorherrschen wird, die männlichen Arbeitsuchenden zu bevorzugen — über gewisse berechtigte Fälle hinaus —, so wird die Frau alles Verständnis nur bei der Frau suchen und finden. Hinzu kommt, daß auf manchen Gebieten Besonderheiten zu berücksichtigen sind, die im Großbetrieb des monopolisierten Nachweises nicht beachtet oder doch nur rein formal behandelt werden können. Erinnert sei in diesem Zusammenhange an die Vermittlung von Personen, die in die Hausgemeinschaft aufgenommen werden sollen, seien es nun Hausbeamtinnen oder Hausgehilfinnen. Hier kommt es nicht nur auf die sachliche Eignung an, sondern vom Vermittler wird auch ein feines Verständnis für persönliche Qualitäten bei beiden Parteien des Arbeitsvertrags verlangt.

Wir haben fast in allen Berufen Einrichtungen der Selbsthilfe auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung. Die Lehrerinnen, die kaufmännischen Angestellten, die Hausbeamtinnen und viele andere haben in ihren Berufsverbänden gutgeleitete Stellenvermittlungen. Es ist durchaus zweckmäßig, diese Einrichtungen bei einer Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung in die allgemeine Ordnung einzubeziehen. Es liegt aber nicht die geringste Veranlassung vor, alle diese Berufsnachweise auf die öffentlichen Nachweise zu überführen, wie es der Regierungsentwurf und die Sozialdemokratie will. Die Beteiligten haben allen Anlaß, sich gegen die Zerschlagung ihrer Selbsthilfeeinrichtungen zu wehren, ehe nicht der öffentliche Nachweis gezeigt hat, daß er besseres oder mindestens gleichwertiges leisten kann. Diesen Nachweis erbringen kann er auch ohne Monopol.

Darum ist die Haltung der bürgerlichen Parteien, im besonderen die der Vertreter der Deutschen Volkspartei, die nachdrücklich gegen das Monopol des öffentlichen Nachweises aufgetreten sind, vom Frauenstandpunkt besonders zu begrüßen. Hoffentlich werden auch die Demokraten, die bisher noch eine schwankende Haltung gezeigt haben, sich den übrigen bürgerlichen Parteien anschließen.

Clara Mleinek,
Geschäftsführerin d. Deutschen Gewerkschaftsbund.

Aus den Rheinlanden.

Von Dr. Gertraud Wolf, M. d. bayr. L.

„Erzählen Sie davon!" immer wiederholten dies die rheinischen Frauen, die ich in den trüben Märztagen gelegentlich einer Vortragsreise durch die Rheinlande sprach. „Erzählen Sie davon im unbesetzten Gebiete, was wir hier im besetzten Gebiete durchmachen, wie wir leiden, was die Rheinlande für das Reich ertragen! Wie wir aufgerieben werden, unsere Nerven gehen völlig drauf! Erzählen Sie davon!"

Die Qualen der Einquartierung durch die fremde Besatzung, unter welcher die rheinländischen Frauen vielfach so schwer leiden, daß ihnen dadurch das ganze Leben verbittert wird, sind in der Tat fast unerträglich. Man stelle sich vor, was es heißt, wenn einem bedeutet wird, innerhalb 8 oder 14 Tagen hast du dein ganzes Haus oder deine ganze Wohnung zu räumen. Wo du selbst mit deiner Familie bleibst, ist uns selbst ganz gleichgültig. Die Wohnung muß freigemacht werden! Aber mitnehmen darfst du nichts! Silber, Wäsche, alle Einrichtungsgegenstände müssen zurückbleiben. Wer einen Gegenstand aus einer bereits beschlagnahmten Wohnung entfernt, wird bestraft.

Unerhört sind die Ansprüche, die inbezug auf die Einrichtung gemacht werden. In manchen Städten wurde von der Stadtbehörde verlangt, daß Teppiche für Millionen, Oelgemälde für Millionen zum Schmucke der Zimmer gekauft wurden. Eßbestecke, die von den Familien bisher benutzt wurden, wurden insbesondere auch von den unteren Chargen zurückgewiesen. Man verlangte echtes Silber. Unbeschreiblich ist die Verschwendung, die mit elektrischem Licht und mit Heizung getrieben wird. Das Licht brennt häufig Tag und Nacht. Man nimmt sich nicht die Mühe, es auszulöschen. Die Kosten, die die deutschen Familien für das elektrische Licht aufzubringen haben, sind mitunter so hoch, daß sie von der Entschädigungssumme, die für die gesamte Einquartierung gezahlt wird, nicht gedeckt werden. Bei starker Kälte läßt man Flur und Haustüren offen. Verschwendet wird mit Lebensmitteln. Die darbende Bevölkerung muß mitansehen, wie die Ueberreste des guten weißen Brotes tagtäglich in die Asche geworfen werden. Man ißt nur ganz frisch gebackenes Brot. Jeden Tag muß neues verabfolgt werden. Schadet nichts, der Bäcker zahlt alles!

Besonders groß sind die Klagen über die belgische und französische Besatzung, die englische soll rücksichtsvoller und auch sauberer sein. Man stelle sich den gepflegten, sauberen deutschen Haushalt vor, der die unsauberen Französinnen und Belgierinnen aufnehmen mußte. Es besteht nur eine Küche, sie muß gemeinsam benützt werden. Gemeinsam werden die Töpfe der deutschen Hausfrau gebraucht und in einen unsäglichen schmutzigen Zustand versetzt. Alle Wäsche muß gestellt werden. „Wir haben unsere Wäsche so geschont; um sie nicht mit Kriegsseife zu waschen, aßen wir vom Wachstuch, und nun müssen wir sie den Fremden geben, die sie unglaublich abnützen. Die Entschädigung, die wir erhalten, deckt kaum die Kosten für Ausbesserung der Löcher."

Ebenso unerträglich wie die Unsauberkeit ist der Lärm, den die oft vielköpfigen fremden Familien verursachen. Kinder toben in den Wohnungen herum. „Bei mir ist ein Ehepaar mit zwei Kindern. Die Kinder erhalten Besuch. Oft toben sechs auf unseren Parkettböden herum. Sie stellen lange Eisenbahnmaschinen auf, die Eisenbahnzüge rasseln stundenlang durch die Wohnung, die Lokomotiven sind mit Spiritus geheizt. Die Eltern lassen häufig ihre Kinder allein und wir sind in ständiger Sorge, daß das Haus in Brand gerät."

„In unserem Salon ist eine Feldwebelsfamilie mit einer Hündin, die Junge bekommen hat. Die Schmutzerei ist unbeschreiblich. Die Fransen unserer guten Salonmöbel finden wir ab und zu auf dem Korridor." Eine alleinstehende Dame hat ihr eigenes Haus verlassen, weil sie die Zustände nicht mehr ertragen konnte und hat sich in einem Frauenklub einquartiert. Eine junge Frau erzählt mir, bei ihren Schwiegereltern seien drei junge Offiziere einquartiert. „Dort sei das reine Bordell." Ein älterer Herr kann immer erst gegen morgen Ruhe finden in seiner Wohnung, weil die Einquartierung auf seinem Bechsteinflügel herumtrommelt. — —

Auch wir hier im unbesetzten Gebiet haben Zwangseinquartierung. Doch besteht ein himmelweiter Unterschied. Wir sind doch noch Herr in unserer Wohnung, aber jene im besetzten Gebiet sind nur noch geduldet im eigenen Heim, sie können täglich, stündlich vertrieben werden. Ein geringer Einwand und die Antwort lautet: „vous compronez, madame, je peux vous faire quitter votre appartement!" (Madame, Sie verstehen mich doch, ich kann Sie zwingen, Ihre Wohnung zu verlassen.) Keine Beschwerde nützt, sie bewirkt das Gegenteil, die Schikanen werden erhöht!

Und all das jahrelang, viele, viele Jahre lang, stumm und schweigend ertragen müssen, das zerreibt die Nerven. Wir gehen zu einem Versammlungslokal. Ein alter Herr und eine Dame begleiten mich. „Kommen Sie vom Fußweg herunter, rasch!" „Warum?" frage ich erstaunt. „Dort steht eine Schildwache, wir müssen vor belgischen und französischen Schildwachen immer auf die Fahrstraße gehen, sie stoßen oder schlagen sonst mit ihren Gewehrkolben."

Ist das Frieden? Nein! Wir leben im Kriegszustande.

In diesen Tagen mehren sich die Berichte über das brutale Vorgehen der Besatzung, ja es werden einzelne Morde gemeldet, die Erbitterung und die Erregung wachsen.

Und wenn das Maß des Erträglichen überschritten sein wird, was dann?

Bunte Mappe.

25 Jahre Deutscher Musiklehrerinnen-Verband. Der Reichsverband der Deutschen Musiklehrerinnen E. V. kann zu Pfingsten auf 25 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Die Gruppen Bremen und Eisenach haben zu einer Jubiläumstagung eingeladen.

Frau Boß-Zietz legt ihr Amt nieder. Die Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen (Verband Deutscher Hausfrauenvereine) teilt mit: Frau Boß-Zietz, die bisherige bewährte Vorsitzende, hat ihr Amt im Verbande niedergelegt. Wie verlautet, wird sich Frau Boß-Zietz in Zukunft ganz der politischen Arbeit widmen. — Bereits seit zwei Jahren widmete sich Frau Boß-Zietz mit erhöhtem Eifer der politischen Tätigkeit.

Der Weltbund der Krankenpflegerinnen hat eine Geschäftssitzung vom 22.—24. Mai zu Kopenhagen anberaumt, zu der auch die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands aufgefordert war, vier Delegierte zu entsenden, um über die Aufnahme der gemeldeten Nationalverbände von Belgien, China, Italien und Norwegen zu entscheiden. Die Berufsorganisation lehnte jedoch ab, sich an den Geschäftsverhandlungen des International Council of Nurses zu beteiligen „solange man Deutschland die alleinige oder Hauptschuld am Kriege beimißt und den deutschen Krankenpflegerinnen keine Gelegenheit gegeben ist die Beschuldigungen zu widerlegen, daß sie Greuel an verwundeten Feinden begangen hätten, die von amerikanischen Krankenpflegerinnen gegen sie erhoben worden sind".

11. Verbandstag der Postbeamtinnen. Vom 7. bis einschließlich 10. Juni 1922 findet in Berlin der 11. Verbandstag des Verbandes der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen statt. Der Sitzungsraum wird noch bekanntgegeben.

Eröffnung einer Wohlfahrtsschule. Das „Nothelferhaus", Eisenach, teilt mit, daß im April eine Wohlfahrtsschule mit zweijährigem Lehrgang eröffnet wurde. Ziel: Staatliche Prüfung zur Wohlfahrtspflegerin oder kirchliche Prüfung zur Pfarrgehilfin.

Heimatkunst in der Ukraine.

Von Annie Jultane Richert.

Das durch die politischen Ereignisse versprengte ukrainische Volk war als Volksstamm vor dem Kriege in Deutschland wenig bekannt. Man sah es als einen Teil von Rußlands Bevölkerung an und lernte erst durch die Kriegsgefangenen und jetzt durch die Flüchtlingskolonien in Berlin oder Wien den Unterschied zwischen Russen und Ukrainern kennen. Auch der geringe Volksteil, der zu Oesterreich gehörte, Ostgalizien und die nördliche Bukowina, war man nicht gewöhnt, zu den Ukrainern als Volksstamm zu zählen. Jetzt erhält man allmählich einen Einblick in die Geschichte dieses Volkes, durch die sich als Leitfaden ein dauernder Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zieht. Und man lernt das hohe Nationalgefühl anerkennen, das die Ukrainer, seitdem die Tatareneinfälle im Jahre 1224 ihren Niedergang und ihre Unfreiheit heraufbeschworen, nicht verlassen hat und sie heute noch auf eine neue Blütezeit ihrer Ukraina hoffen läßt. Dieses Nationalgefühl sprach sich auch in einer kleinen Ausstellung aus, die in Berlin kürzlich stattfand.

Wohl kennt man hier die farbenfreudigen Stickereien aus Rumänien und Bulgarien oder aus Großrußland, aber doch trennen ganz entscheidende Merkmale, für den Kenner sichtbar, die ganz verschiedenen Aeußerungen der Volkskunst. Die ukrainische Stickerin der Bergvölker (Huzulen) bedeckt das Gewebe dicht mit einer Stickereidecke, möchte man fast sagen, da sie selbst den weißen Grund mit weißem Kreuzstich bedeckt. Außerdem ist sie eine selbständig schöpferische Arbeiterin, die ohne Vorbild oder Vorlage wahre kleine Dichterwerke an Farbenharmonien schafft. Sie sitzt an den Winterabenden im tief verschneiten Dorf und erlebt alles, was an andere Frauen an Kunst von außen herangetragen wird, im Märchenbereich ihrer selbsterdachten Stickereien. Es ist förmlich eine Schande für die Frauen, nicht eigene Phantasie zu bezeigen durch Anlehnung an vorhandene Muster. Die Stickerin der Ebene streut einzelne Ornamente über den Stoff, farbenfreudig bunt, und doch ist auch hierbei ein Unterschied zu bemerken: die Frau aus der Bukowina schwelgt in feinbunten vielen Farben, die Frau aus der Nordukraine, im Poltawaschen, beschränkt ihre Stickereigebilde auf zwei bis höchstens drei Farben.

Eine ganz allerliebste und dabei völlig unbewußte Schmuckfreudigkeit wird auf die Bemalung der Ostereier verwandt; sie sind nicht wie die russischen mit Genreszenen, sondern mit Ornamenten völlig übedeckt. Dabei sind die Mittel, mit denen die kleinen Kunstwerke gezaubert werden, denkbar einfach: eine Stopfnadel, mit Wachs an der Spitze verdickt, wird in Farbe getaucht, und die Ornamente werden ganz ohne Vorlage über das ganze Ei als Flächenschmuck gezogen. Einen viel einfacheren Charakter tragen die Webereien; die Nationaltracht besteht aus der „Plachta", dem gewebten, meist gestreiften Rock, der durch eine besondere Anordnung einen geschlossenen Rock mit Tunika bildet; die gestickte Bluse, darüber die bunten Perlenketten, deren eine aus feinster Perlstickerei besteht, die gestrickte Ueberjacke geben ein sehr reizvolles Gesamtbild von Heimkunst und kunstfreudiger Bewegtheit und Farbigkeit.

Teppiche, Kelims zu weben, gehört ebenfalls mit in das selbstverständliche Können der Frauen; die Männer schnitzen Brotteller, Kästchen, wobei auch wieder auffällt, daß dichte Muster die ganze Fläche bedecken. Daß die Bandur, das Nationalinstrument der Ukrainer, auch mit kunstfertiger Hand geschnitzte Verzierungen krönen, erscheint selbstverständlich; hing doch ein gut Teil des Nationalbewußtseins an diesem köstlichen Instrument, auf dessen 36 Saiten die alten, meist blinden Kobsaren (die Barden der Ukraine) die alten Heldengesänge aufrauschen ließen. Daher war dieses Instrumente auch verboten, und nur heimlich wurde es in den Familien aufbewahrt. Jetzt ist das gerettete Gut in der Ausstellung Zeuge des Nationalstolzes, der alle Unterdrückungen überwunden hat. Die kleine Ausstellung gab ein lebendiges Bild von dem ursprünglichen, bodenständigen, primitiven Kunstgefühl eines fernen Bauernvolkes, das doch in seinen feinsten Seelenschwingungen sich innig verwandt mit der deutschen Volksseele fühlt.

Hochzeits-Geschenke.

Die Hochzeitsgeschenke werden in den meisten Fällen zur Plage für die Schenkenden und die Beschenkten.

Zuerst wird bei den Hochzeitsgästen die große Frage aufgeworfen: Was wollen wir schenken, wieviel können wir anlegen? Dann werden hundert Sachen aufgestellt, und zum Schluß alle wieder umgeworfen. Schließlich kauft man einen Tafelaufsatz oder ein Kaffee- resp. Teeservice, und muß dann zur Hochzeit die Wahrnehmung machen, daß sechs Tafelaufsätze oder ebensoviele Service vorhanden sind. Die Braut lächelt dankbar, überlegt aber, wann und wie sie das alles umtauschen kann. Gewöhnlich nimmt man davon Abstand, um die Freunde nicht zu beleidigen, und so leicht gehen derartige Umtausche auch nicht vonstatten. Da muß immer erst das Geschäft ausfindig gemacht werden, der Kauszettel in den meisten Fällen zur Stelle sein, dann kommt die neue Schwierigkeit, ob man in dem Geschäft auch das gerade bekommt, was man an Stelle des umgetauschten Geschenkes gern hätte usw. Sollen derartige größere Hochzeitsgeschenke gemacht werden, so beauftragt man am besten eine Hausfreundin, die Wünsche des Brautpaares ausfindig zu machen. Dann schließe man sich ev. mit anderen Hochzeitsgästen zusammen und kaufe ein gemeinsames Geschenk, etwa ein schönes Bild oder andere praktische Dinge. Dadurch verbilligt sich die Sache und man kann andererseits ein viel kostbareres Geschenk spenden, als wenn man es allein gekauft hätte.

Es wäre aber wünschenswert, wenn auch bei uns die Art der bisherigen Hochzeitsgeschenke ihr Ende erreicht und statt dessen einfache kleine Geschenke gewählt würden. Erstens kostet somit den Gästen eine Hochzeit nicht immer eine Menge Geld, und zweitens brauchen die jungen Eheleute auch nicht Gegenstände täglich vor Augen zu haben, die ihrem Geschmack absolut nicht entsprechen; oft erfordert auch eine Bowle, ein Teeservice mit 12 Gläsern usw. eigene Möbelstücke — man muß diese so einrichten, jenes wieder anders. Und die Hauptsache ist doch schließlich, daß man sich durch großartige Hochzeitsgeschenke immer den Gebern gegenüber verpflichtet fühlt.

Kleine Aufmerksamkeiten, wie hübsche Handarbeiten, oder andere kleine sinnige Hochzeitsgeschenke rufen oft mehr Freude hervor als prunkvolle.

Sehr zu empfehlen wäre es, wenn wir zu der englischen Sitte übergehen würden, dem Hochzeitspaar einen Scheck mit beliebig hoher Ziffer zu schenken. Diese Sitte wird in England bis in die höchsten Kreise der Aristokratie hinein geübt und enthält für den so Beschenkten nichts Demütigendes. In unserer Zeit, wo so viele junge Haushalte nur mit dem Allernotwendigsten anfangen müssen, würde ein solches Geschenk sicher ungeteilte Freude hervorrufen. Englische Hochzeitspaare erzählen voll Stolz, daß sie von der Hochzeit her so und so viel Pfund auf der Bank liegen haben und daß sie der Erstlingsausstattung für ihr Baby ohne Sorge entgegensehen; ein Standpunkt, den sich der Deutsche so schnell als möglich zu eigen machen sollte!

Andreas Bongartz
Hetty Bongartz
geb. Scheuermann
Vermählte

Bochum, den 18. Mai 1922
Märkischestraße 4a

Statt Karten

Ihre Vermählung geben bekannt
Carl Eucken
Hildegard Eucken
geb. Schulte-Vieting

Goldhamme bei Bochum, 18. Mai 1922.

Ihre Vermählung
geben bekannt
Hugo Kenter
Emmy Kenter
geb. Grünewald

Laer, den 18. Mai 1922.

Oeffentliche Mahnung.

Die am 1. Mai 1922 fällig gewordene und noch nicht gezahlte 3. Rate auf das Reichsnotopfer (beschleunigte Erhebung), die Reichseinkommensteuerrückstände aus 1920, die rückständigen Beiträge zu den städtischen Berufsschulen und das laut Bekanntmachung des Magistrats vom 15. März 1922 am 15. Mai 1922 fällig gewordene und rückständig gebliebene letzte Drittel der Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1921 werden hierdurch angemahnt.

Schriftliche Einzelmahnungen erfolgen nicht mehr.

Die nach dem 26. Mai 1922 verbliebenen Rückstände werden kostenpflichtig im Verwaltungszwangsverfahren ohne weitere Aufforderung beigetrieben.

Für die öffentliche Mahnung ist ein Fünftel der tarifmäßigen Mahngebühren zu entrichten.

Die empfangsberechtigte städtische Steuerkasse befindet sich im Verwaltungsgebäude 4, Trankgasse 7, Eingang C.

Bochum, den 18. Mai 1922.

Die Stadthauptkasse
als Vollstreckungsbehörde.

Gemeinde Gerthe.

Bekanntmachung.

Es ist Antrag gestellt worden, im Herbst d. J. im Schulverbande Harpen konfessionslose Sammelklassen (weltliche Schule) einzurichten.

Die Anmeldungen werden in der Zeit vom 22. bis 27. Mai 1922, von vormittags 9—11½ Uhr und 3—5 Uhr nachm., bei der Verwaltungsstelle in Harpen entgegengenommen.

Zur Anmeldung ist die Erklärung beider Elternteile erforderlich. Lebt der Vater nicht mehr, so hat der Vormund einzuwilligen, doch geht bei Meinungsverschiedenheiten die Meinung der Mutter vor. Ist das Kind bereits 12 Jahre alt, so muß es zustimmen.

Bei der Anmeldung ist das Familienbuch mitzubringen.

Außer den vorgenannten Zeiten können Anmeldungen nicht entgegengenommen werden.

Gerthe, den 15. Mai 1922.

Der Amtmann.

Amt Eickel

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Ziffer 1 des Ausführungsgesetzes zur Maß- und Gewichtsordnung vom 30. 5. 08 (R.-G.-Bl. S. 349) und vom 3. 6. 1912 (G.-S. S. 129) wird hierdurch bekanntgemacht, daß für den hiesigen Amtsbezirk eine Nacheichung der Maßgerschuppen hinter dem Amtshaus II hier, und Wiegegeräte an folgenden Tagen im Bismarckstraße, stattfindet:

22., 23., 24., 26., 27., 29., 30., 31. Mai,
1., 2., 3., 6., 7., 8., 9., 10., 12., 13., 14., 16., 17., 19., 20., 21., 22. Juni.

Zur Einlieferung ihrer Meß- und Wiegegeräte, welche tunlichst in den Morgenstunden bis 10 Uhr, in gereinigtem Zustande und an den einzelnen Eichtagen zu erfolgen hat, sind verpflichtet sämtliche innerhalb des Amtsbezirks Eickel wohnhaften Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Meß- und Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen, die Konsumvereine, auch wenn sie nur an Mitglieder Waren absetzen, und schließlich die Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Meß- und Wiegegeräte entweder zur Preis- oder Arbeitslohnberechnung Verwendung finden.

Gleichzeitig wird noch darauf hingewiesen, daß die Einziehung der Eichgebühren am Eichtage selbst und im Eichlokale erfolgen wird.

Eickel, den 15. Mai 1922.

Der Amtmann: Dr. Maßmann.

Hohlschleiferei und Reparatur-Werkstatt
für Rasier-, Masch.-, Brot- u. Taschenmesser, Scheren, Beile, Klingen etc. Lieferz. nur 24 Std.
Solinger Stahlwarenhaus Fred Bernards, Friedrichstr. 28, Tel. 483
Waffen, Munition, Hundesportartikel.

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Knabe: Paul Finger, Bochum. Ein Mädchen: Hugo Geier, Bochum.

Verwählt: Hans Heinz Hormann mit Tina Wüsthofen, Bad Salzschlirf, Heinrich Niebues mit Elisabeth Löbbert, Holthausen b. Waltrop, Franz Svondeuer mit Elly Niewind, Essen-Altenessen.

Gestorben: Josef Stein, 60 J. Bochum, Hermann Barthing, 75 J. Bochum-Hamme, Nikolaus Kreß, 78 J. Bochum, Ww. Christine Junkiel, geb. Hake, 68 J. Bochum, Mathilde Sandführ, 22 J. Stiepel, Wilhelmine Brinkmann, 60 J. Essen, Frau Ida Mus geb. Holting, 60 J. Weitmar, Theodor Eickwinkel, 60 J. Altenessen.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Chaussierungsarbeiten wird die Hordeler Straße in Bochum von der Riemker bis zur Dortmunder Straße vom 15. Mai 1922 auf die Dauer von 2 Wochen für den durchgehenden Automobil-, Fuhrwerks- und Radfahrer-Verkehr gesperrt. 11314

Umfahrt: Riemker- und Dortmunder Straße.

Bochum, 15. Mai 1922.

Der Polizei-Direktor.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Gleishebungs- und Gleisverschwenkungsarbeiten am Planübergang der Dortmunder Straße in Bochum am Bahnhof Präsident wird die Dortmunder Straße von der Querstraße bis zur Straße Unter den Linden vom 18. Mai 1922 auf die Dauer von 2 Wochen für den Automobil-, Fuhrwerks- und Radfahrer-Verkehr gesperrt. 11315

Umfahrt: Querstraße und Straße Unter den Linden.

Bochum, 15. Mai 1922.

Der Polizei-Direktor.

Verdingung.

Für den Neubau der 48 Wohnungen umfassenden Siedlung am Rottmannshof an der Lenne- und Böckenberg-Straße in Bochum sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:

1. Erd- und Maurerarbeiten (Mk. 16.—)
2. Eisenbetonarbeiten (Mk. 6.—)
3. Zimmerarbeiten (Mk. 4.—)
4. Dachdeckerarbeiten (Mk. 4.—)

Angebotsvordrucke sind gegen Erstattung der Unkosten bei der Bergmannssiedlung Bochum G. m. b. H., Trankgasse 7a, Eingang C, Zimmer 145 erhältlich.

Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis einschl. den 24. ds. Mts. bei der gleichen Stelle einzureichen.

Bergmannssiedlung
Bochum G. m. b. H.

Grosse Posten
evangelisch.
Gesangbücher
angekommen.
Dauerhafte und vornehme Ledereinbände.
Grösste Auswahl und billigste Preise.
Der Name wird gratis eingedruckt.
Mummeltheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 31.
Telefon 3968.

Ausführung und Instandhaltung
elektr. Anlagen
Reichhaltiges Lager.
Karl Schröder,
Rottstr. 39. Fernr. 43

Violinunterricht
Klav., Harm., Mand., Git., Zith. erteilt gdl. Musikdirekt. W. Meyer, Roverstraße 4, fr. Lehrer a. Konservat. und Oberrealschule Instrumente w. gestellt.

Wertvereinigung u. Einkaufsgenossenschaft
der Klempner und Installateure, Bochum.

Inventur u. Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva.

1. Kassenbestand			Mk. 3055,51
2. Debitoren. Buchforderungen	Mk. 133920,92		
Anteilreste	„ 9100,—		
Fernsprecher-Kaution	„ 1000,—		
Handw.- und Handelsbank-Anteil	„ 300,—	„	144320,92
3. Utensilien. Vom Vorjahre	Mk. 600,—		
Zugang 1921	„ 627,50		
	Mk. 1227,50		
Abschreibung	„ 127,50	„	1100,—
4. Warenvorräte lt. Aufnahme		„	131495,—
		Mark	279971,43

Passiva.

1. Genossenschafts-Kapital		Mk.	49000,—
2. Creditoren. Buchschulden	Mk. 119255,37		
Bankschulden	„ 39112,—		
Mitglieder-Darlehn f. Wareneinkauf	„ 59954,10		
Rücklage für Steuern und sonstige Rückstände	„ 7500,—	„	225821,47
3. Gesetzlicher Reservefonds zur Deckung entstehender Fehlbeträge		„	4900,—
4. Gewinn aus dem Vorjahre	Mk. 12775,82		
Abgang aus 1921	„ 2125,86		
	Mk. 10649,96		
hiervon als Rücklage für kommende Verluste Mk. 2900,—			
für Warenvergütung pp. „ 6000,—			
für div. Rückstände „ 1500,—	„ 10400,—	„	249,96
		Mark	279971,43

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Ausgaben.

1. Geschäftsunkosten	Mk. 37014,42
2. Mieten	„ 867,50
3. Steuern	„ 587,50
4. Zinsen	„ 1732,25
5. Abschreibung auf Utensilien	„ 127,50
	Mark 40329,47

Einnahmen.

1. Bruttogewinn aus Waren	Mk. 38203,61
2. Betriebsverlust	„ 2125,86
	Mark 40329,47

Aufgestellt und geprüft nach den bücherischen Unterlagen der Genossenschaft.

Bochum, den 31. Dezember 1921. gez. Heinr. Dippel, Beeidigter Bücherrevisor.

Mitgliederbewegung.

Die Zahl der Mitglieder betrug Ende des Jahres 1920 50
ausgeschieden sind im Jahre 1921 2
mithin Mitgliederbestand am 31. Dezember 1921 48

Diese 48 Mitglieder haben 49 Anteile je 1000.— M. und zwar 47 je 1 Anteil und 1 mit 2 Anteilen übernommen und hatten am Schlusse des Geschäftsjahres 1921 für Haftsumme aufzukommen Mk. 49000,—

Abrechnungsvorschlag.

Nach Vergleichung mit den Belegen und den Büchern haben wir vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung richtig befunden.

Der Generalversammlung schlagen wir vor, den Vortrag aus 1920 wie folgt zu verteilen:

1. zum gesetzlichen Reservefonds	Mk. 2900,—
2. für Warenvergütungen und voraussichtliche Verluste	„ 6000,—
3. für sonstige Rückstände wie Steuern, Bücherprüfung pp.	„ 1500,—
4. als Vortrag für das neue Jahr	„ 249,96
Summa Mark	10649,96

Bochum, den 31. März 1922.

Der Aufsichtsratsvorsitzende: gez. Fritz Beleites. Der Vorstand: gez. Georg Wassermann. Die Rechnungsprüfer: gez. Th. van den Höfel, gez. Joh. Braun.

Stimmungen und Reparaturen
von Pianos 2c. übernimmt
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraße

Für die Briefablage eines großen Hüttenwerkes wird zum baldigen Eintritt ein
Bürogehilfe
mit guter Handschrift und Erfahrung im Registraturwesen im Alter von 20—22 Jahren gesucht.
Angebote unter Kennwort „Einkauf" erbeten unter Nr. E. N. 1401 an
Ala, Haasenstein & Vogler, Essen,
Selmastraße 18.

1—2 Millionen
Ia. Tonschiefer-Maschinensteine
Anfang Juli ab Ringofen Linden-Ruhr abzugeben.
Gewerkschaft Weidenbach, Dortmund,
Tel. 275, 7785.

Für die Hauptbuchhaltung eines großen Hüttenwerkes wird ein
Bürogehilfe
mit guter Handschrift im Alter von 18—20 Jahren gesucht.
Angebote unter Kennwort „Buchhaltung" erbeten unter Nr. E. N. 1339 an die Ala, Haasenstein & Vogler, Essen, Selmastraße 18.

Zur selbständigen Leitung einer in Bochum zu errichtenden Verkaufsfiliale einer größeren norddeutschen Kolonialwaren-Importfirma wird ein
tüchtiger Kaufmann
gesucht,
welcher bei der einschlägigen Detaillisten-Kundschaft bestens eingeführt ist und nachweislich gute Verkaufserfolge erzielt hat. Angebote mit Aufgabe von Empfehlungen unter R. 7189 an Herm. Wülker, Annoncen-Expedition, Bremen, erbeten.

General-Vertreter
in allen Gegenden Deutschlands sucht
R. Berends Janssen
gegründet 1904
Bremen, Gartenstraße 9
Fernsprecher Roland 7814
Kaffee-Import
geröstete Kaffees Sparmelangen
lose und abgepackt
Lieferung auch kleinere Quantitäten täglich frisch geröstet, vom Lager nur an Wiederverkäufer.

Miets-Gesuche

Beamter, Obersekretär, sucht sofort
möbliertes
Zimmer
bei netten Leuten, mögl. Familienanschluß. Offert. unter Nr. 11275 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Möbliertes
Zimmer
mit oder ohne Pension für einen Beamten gesucht.
Angebote an
Gebr. Eickhoff, Alleestr.

Suche möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension in Bochum oder Umgebung. Angebote an Kapellmeister Ebenta, Kaffee Industrie Hattingerstraße.

Offene Stellen

Hiesiges großes Unternehmen sucht für seine Telefon- u. Telegraphen-Zentrale zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen jüngeren
Beamten
Bewerber, die ähnliche Stellen bereits bekleidet haben, stenographieren sowie die Schreibmaschine bedienen können, belieben Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Eintrittsdatum unt. Nr. 11313 an die Geschäftsstelle d. Ztg. einzureichen.

Perfekter
Maschinenzeichner
mit einigen Jahren Konstruktionspraxis für unser Vorrichtungs- und Normalienbüro sofort oder baldigst gesucht.
Schriftliche oder persönliche Angebote an
Flottmannwerke,
Herne i. W.

Durch das
Städtische Arbeitsamt Bochum
Trankgasse 7, Eingang B (Telefon: Stadtzentrale) werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Für größere Maschinenfabrik in Bochum wird zum sofortigen Eintritt für das kaufmännische Büro ein
jüngerer
Beamter
gesucht.
Offerten unter Nr. 11094 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Zuverlässiger
Bote
im Alter von 16—20 Jahr. für sofort gesucht.
Rhein.-Westf. Zement-Verband,
Alleestraße 11.

Suche für mein Spezialgeschäft einen tüchtigen
Jungen
als Lehrling. Schriftliche Angebote unter Nr. 11140 an die Geschäftsstelle.

Einfaches und tüchtiges
Fräulein
gesucht zur Führung eines kleinen Haushalt. in ein. großen Haus, das gut kochen, waschen, bügeln u näh. kann. Eintr. evtl. sof. Graf Engelbertstr. 15.

Kontoristin
gute Schulbildung, für Buchhaltung und Korrespondenz von Bochumer Industrie-Werk gesucht. Schriftliche Angebote unt. Nr. 11311 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wegen Heirat meines jetzigen suche ich zum 1. Juni für meinen Haushalt von 4 Personen ein in Küche u. Hausarbeit erfahrenes zuverlässiges
Mädchen
mit guten Empfehlungen.
Frau Link,
Bochum-Ehrenfeld, Joachimstr. 15.

Tüchtiges, kräftiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit nicht unter 18 Jahren gesucht.
Bochum, Mühlenstr. 2, 1. Etage.

Suche sofort für frauenlosen, berrschaftlichen Haushalt ein besseres selbständiges
Mädchen
oder einfaches Fräulein, mit guten Zeugnissen. Morgenmädchen vorhanden. Angebote unter Nr. 11286 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ordentl. Mädchen
gegen guten Lohn für Wirtschaftshaushalt gesucht (4 Personen).
Bergstraße 65.

Ordl. ehrl. Mädchen
f. den ganz. Tag gesucht. Riemke, Augustastr. 17.

Zum 1. Juni ein jüng. 16—17jähr.
Hausmädchen
in bess. Geschäftshaushalt gesucht. Fräulein und Waschfrau vorhanden.
Frau Alfred Ebert,
Elberfeld, Brillerstr. 3.

Suche für meinen klein. Haushalt zum 1. Juni ein in Küche und Hausarbeit erfahrenes zuverlässiges
Mädchen
mit gut. Zeugnissen. Vorstellung morgens b. 11 Uhr und nachmitt. bis 4 Uhr.
Frau W. Kriemann jr. 11223 Kanalstr. 35.

Kaufgesuche

Sekt- Wein- Liter-
Flaschen
zu höchsten Preisen
kauft an und holt ab
Ludwig Bongardt, Bochum
Wiemelhauserstr. 41. Fernr. 2364

Kaufe
und zahle hohe Preise für gebr. Möbel aller Art auch Sofas, Federbetten Herde usw. Erbitte Karte.
Baron, Sedanstraße 12

Gebr. Tasche
Bochum
Malteserstr. 21.
Teleph 2387
Auto-Bereifung
und Zubehör ★
Vulkanisier-Anstalt

Zentralheizungen
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen, 8114
Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Die allein echten
Grotrian Steinweg
Flügel - Pianos
stammen aus dem ursprünglichen und immer deutsch gebliebenen Braunschweiger Hause und sind das unvergleichliche Ergebnis deutscher Klavierbaukunst.
Es wird gewarnt
vor Verwechslungen mit Erzeugnissen einer ähnlich klingenden ausländischen A.-G. kürzeren Bestehens.
Grotrian Steinweg Klaviere sind nur erhältlich bei:
Pianohaus J. Marks
Kaiser Wilhelm-Straße.

Tragen Sie
nur Mersch's Naturhaar-Zöpfe und Haarersatz
Größtes Haus am Platze.
Enorme Auswahl. Billige Preise. Festsetzen beim Einkauf in tageshellen Kabinen gratis.
Frau Mersch ::: Hochstraße 20.
8141

Goldankauf
E. Beleites,
Kortumstraße 18.

Altes Gold, Silber, Platin
wie: Ketten, Ringe, Löffel, Taschen kauft höchstzahlend
Max Pander,
Uhren, Goldwaren,
Hernerstraße 9.

Habe noch einen großen Posten
Tapeten
zu günstig. Preisen abzugeben.
Leinöl
Ia. doppelt gekocht zu bill. Tagespreise
C. Bohlmann
Kortumstraße 4
Fernruf 826.

Verkäufe

Schwarzer
Gehrock-Anzug
mittl. Größe, 1 Alpaccamantel f. Damen, 1 grünes woll. Jakettkleid und 1 Vogelkorb zu verkaufen.
St. Meyer,
Riemke, Herner Straße 27

Kartoffeln
gesunde, schmackhaft. Ware hat billig abzugeben.
Steben, Altenbochum, Wittener- u. Schalker-Ecke

Poko Frankiermaschine
fast neu, zu verkaufen.
Möller, Kronenstr. 31.


Empfehle prima hochtragende
Kühe u. Rinder
Max Sternberg, Bochum
Hohenzollernstr. 11.
Telefon 2550.

8269 Zum
Puppenkönig
Bochum, Gr. Beckstr. 13.
Asil. Spezialgesch. am Platze
Puppen werden d. ganze Jahr geheilt. Anfertigung sämtl. Haararbeiten, auch v. ausgekämmten Haaren.
Wilh. Hochstetter,
Friseur u. Perückenmachermeister, Präm. Bochum 1911

Stenographie
Schnellschreibesystem